

## 17.

# Die Selbstfindung der Akademie in der nationalen und internationalen Forschungslandschaft (1945–1970)

### 17.1

**Die Akademie definiert sich als ÖAW neu**

#### 17.1.1

Österreich-Forschung

#### 17.1.2

Akademiewahlen zwischen Entnazifizierung und (Re-) Integration (1945–1970)

### 17.2

**Die Selbstfindung der ÖAW als Akademie zwischen Ost und West, Bundesrepublik und DDR (1945–1964)**

#### 17.2.1

Die Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten (1956–1964)

### 17.3

**Die ÖAW, der Österreichische Forschungsrat und der FWF (1948–1967)**

### 17.4

**Der Meister-Plan und die Neuerfindung der ÖAW als Forschungsträger (1956–1963)**

#### 17.4.1

Unter Zugzwang! Müssen sich die Akademien modernisieren?

#### 17.4.2

Wer führt Institute in Österreich: die Akademie, der Staat oder die Industrie?

#### 17.4.3

Die westdeutschen Akademien greifen Meisters Reformplan auf

#### 17.4.4

Wissenschaft als Produktivkraft

### 17.5

**Die ÖAW wird 1965 Forschungsträger mit eigenen Instituten**

### 17.6

**Resümee**



72. Richard Meister, stellvertretender interimistischer Leiter 1945, Vizepräsident 1945–1951, Akademiepräsident 1951–1963, Aufnahme 1960

73. Albin Lesky, Sekretär der phil.-hist. Klasse 1959–1963, Vizepräsident 1963–1969, Akademiepräsident 1969–1970

74. Erich Schmid, Vizepräsident 1969–1970 und 1973–1979, Akademiepräsident 1963–1969 und 1970–1973, Aufnahme 1965

Die Schlüsseljahre der Selbstfindung der Akademie der Wissenschaften in der nationalen und internationalen Forschungslandschaft fielen in die Zeit der Akademiepräsidentenschaften von Ernst Späth (1945–1946), Heinrich Ficker (1946–1951), Richard Meister (1951–1963, Abb. 72), Albin Lesky (1969/70, Abb. 73) und Erich Schmid (1963–1969; 1970–1973, Abb. 74). 1945 hatte sie als einzige der seit 1893 kartellierten deutschsprachigen Akademien ihre Tätigkeit in ungebrochener Kontinuität fortgesetzt. Ab Sommer 1945 orientierte sie sich, ebenso wie die Universitäten und der Kulturbetrieb, in Übereinstimmung mit den Zielen der vier Besatzungsmächte an der Österreich-patriotischen Staatsideologie.<sup>1</sup> Die Akademie betrieb programmatisch den Ausbau einer Österreich-relevanten Forschung und nahm schon bei den ersten Ergänzungswahlen im Herbst demonstrativ im Nationalsozialismus verfolgte Wissenschaftler als neue Mitglieder auf. 1947 benannte sie sich in Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) um und etablierte sich als nationale Akademie, die den Anspruch erhob, die Republik in den internationalen Wissenschaftsvereinigungen zu vertreten. Internationalisierung bedeutete im Zeitraum 1945 bis 1965 zunächst den Beitritt zu den westeuropäischen Akademieverbünden und die Abschottung von den Akademien der kommunistischen Staaten Ost- und Ostmitteleuropas, die Wiederanbahnung der alten Verbindungen zum nunmehr geteilten Deutschland (einschließlich Ostberlin und Leipzig) sowie ab 1965 die Neuorientierung an Ost- und Westeuropa.

Während in Kapitel 15 dargelegt wurde, wie die Akademieforschung der NS-Zeit (und der Zeit davor) nach 1945 in transformierter Form weitergeführt wurde, wird in diesem Kapitel gezeigt, wie sich die Akademie zwischen 1945 und Mitte der 1960er Jahre als österreichisch-nationale Akade-

<sup>1</sup> Vgl. ASH, *Die Universität*, 2015, 134f.; FEICHTINGER, *Innen- und Außensichten*, 1997; MUELLER, *Die sowjetische Besatzung*, 2005; SUPPANZ, *Österreichische Geschichtsbilder*, 1998, 129–131.

mie neu erfand. Sie erneuerte sich restaurativ selbst, wählte NS-Verfolgte und ehemalige Nationalsozialist/innen zu neuen Mitgliedern, lernte aus der wieder angebahnten Zusammenarbeit mit den west- und ostdeutschen Akademien, dass an der ÖAW Reformbedarf bestand, ebnete sich selbst den Weg zur Forschungsakademie und legte zugleich den Grundstein für das österreichische Forschungsförderungssystem der öffentlichen Hand. Ab 1965 erweiterte sie ihren Aufgabenkreis in der Zeit des Kalten Kriegs erheblich und nahm dabei Anleihen bei den Wissenschaftsakademien des staatssozialistischen Typs. Sie entwickelte sich von einer traditionellen Akademie zu einer Institute führenden Forschungsträgerorganisation für Grundlagenforschung in der Art der Max-Planck-Gesellschaft.<sup>2</sup>

Im Unterschied zur ÖAW wurde die MPG als Verbund eigenständiger Institute auf Vereinsbasis organisiert. Die ÖAW war eine „unter dem besonderen Schutze des Bundes stehende juristische Person“<sup>3</sup> und aufgrund ihrer in Akademiegesetz und Satzung festgelegten Autonomie keine staatliche Anstalt. In Eigeninitiative gelang es ihr, mit Fördermitteln des Unterrichtsministeriums die Grundlagenforschung in Österreich zu übernehmen und vor allem im Bereich der Naturwissenschaften international wettbewerbsfähige Institute zu errichten. Da sie Träger der wichtigsten außeruniversitären Grundlagenforschungsinstitute des Landes und zugleich Gelehrtengeellschaft war, erlangte sie unter den Akademien westlichen Typs in der Zeit des Kalten Kriegs eine einzigartige Stellung.<sup>4</sup>

## 17.1 Die Akademie definiert sich als ÖAW neu

Am 4. Juni 1946 ergriff die Akademie der Wissenschaften in Wien eine zukunftsweisende Maßnahme: Sie beschloss auf Antrag des wM Leopold Wenger, „den Titel der Akademie in ‚Österreichische Akademie der Wissenschaften in Wien‘ im Akademiegesetz zu ändern“.<sup>5</sup> In seinem Jahresbericht bezeichnete Generalsekretär Josef Keil die Umbenennung der Akademie „geradezu als eine Notwendigkeit“, weil dadurch die Akademie im Ausland „als die repräsentative Vertreterin der Wissenschaften in dem zu souveränen Eigenleben aufgerufenen Staate Österreich“ betrachtet würde.<sup>6</sup> Die Verankerung des Signalworts „österreichisch“ im Namen der Akademie fand insbesondere den Zuspruch des Bundesministeriums für Unterricht (BMU). Der als Regierungsvorlage am 3. Mai 1947 im Nationalrat eingebrachte An-

2 Vgl. SACHSE, Grundlagenforschung, 2014.

3 Satzung v. 14.2.1922, § 2; Satzung v. 25.5.2016, § 2.

4 Siehe Kapitel 18, 326.

5 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 22.2.1946 (A 1000) (Antrag); AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 4.6.1946 (A 1003) (Beschluss).

6 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 96 (1946), 43.

**115. Bundesgesetz vom 9. Mai 1947 über eine Abänderung des Bundesgesetzes vom 14. Oktober 1921, B. G. Bl. Nr. 569, betreffend die Akademie der Wissenschaften in Wien.**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Artikel I.** Im § 1 und § 3 des Bundesgesetzes vom 14. Oktober 1921, B. G. Bl. Nr. 569, betreffend die Akademie der Wissenschaften in Wien, treten an die Stelle der Worte „Akademie der Wissenschaften in Wien“ die Worte „Österreichische Akademie der Wissenschaften“.

**Artikel II.** Im § 4 des genannten Gesetzes treten an die Stelle der Worte „Bundesminister für Inneres und Unterricht“ die Worte „Bundesminister für Unterricht“.

**Artikel III.** Mit der Vollziehung dieses Gesetzes ist der Bundesminister für Unterricht beauftragt.

Figl                  Renner                  Hurdas

trag für die Änderung des Akademiegesetzes von 1921 wurde wie folgt begründet:

In der Zeit der deutschen Okkupation Österreichs verlor die Akademie der Wissenschaften ihre selbständige Stellung und gehörte als Sozietät dem Verbande der deutschen Akademien an. Nunmehr sind die Verbindungen mit den deutschen Akademien gelöst und die Akademie wird in voller Selbständigkeit als Hauptrepräsentantin der österreichischen Wissenschaft und Forschung allen anderen Akademien und wissenschaftlichen Vereinigungen des Auslandes entgegentreten können. Diese völlige Selbständigkeit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften soll auch im Namen zum Ausdruck gebracht werden.<sup>7</sup>

75. Bundesgesetz vom 9. Mai 1947 über eine Abänderung des Bundesgesetzes vom 14. Oktober 1921, BGBl. 569/1921, betreffend die Umbenennung der Akademie

Am 7. Mai 1947 genehmigte der parlamentarische Ausschuss für Unterricht den Gesetzesänderungsantrag einstimmig, betonte zusätzlich, dass „die Abänderung des Namens der bisherigen ‚Akademie der Wissenschaften in Wien‘ in ‚Österreichische Akademie der Wissenschaften‘ [...] dem Wunsche dieser Institution, die am 14. Mai 1947 das Jubiläum ihres hundertjährigen Bestandes feiert“, entsprach, und legte ihn dem Parlament vor.<sup>8</sup> Am 9. Mai 1947 erhob der Nationalrat die Namensänderung zum Beschluss (Abb. 75).<sup>9</sup> Der im Antrag der Akademie noch enthaltene Namenszusatz „in Wien“ war auf dem Weg zur Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament verschwunden.

Durch diesen Akt symbolischer Neuverortung<sup>10</sup> distanzierte sich die Akademie von ihrer NS-Vergangenheit und bekannte sich als „Österreichische Akademie der Wissenschaften“ zum neuen Staat. Als ÖAW widmete sich die Akademie in den folgenden Jahrzehnten verstärkt der Erforschung Österreichs.

7 Regierungsvorlage über eine Änderung des Bundesgesetzes vom 14. Oktober 1921, BGBl. Nr. 569 betreffend die Akademie der Wissenschaften in Wien (Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 355, V. GP).

8 Bericht des Ausschusses für Unterricht über die Regierungsvorlage (355 d. B.): Bundesgesetz über eine Abänderung des Bundesgesetzes vom 14. Oktober 1921, BGBl. Nr. 569, betreffend die Akademie der Wissenschaften in Wien (361 d. B.), in: Stenographisches Protokoll der 52. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich v. 9.5.1947 (V. GP).

9 Vgl. Bundesgesetz v. 9.5.1947, BGBl. 115/1947.

10 Vgl. UHL, Hundertjahrfeier, 2013, 199f.

### 17.1.1 Österreich-Forschung

In der Zweiten Republik rückte Österreich im territorialen Umfang der Republik als Forschungsgegenstand in den Vordergrund. Diese territoriale Verengung der Forschungsperspektive unter dem Vorzeichen der restaurativen Erneuerung der Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturlandschaft in der Nachkriegszeit wurde zuletzt unter dem Gesichtspunkt der „autochthonen Provinzialisierung“ betrachtet.<sup>11</sup> Aus der Sicht der handelnden Akteure war die weitgehende Fokussierung auf Österreich ein wesentlicher Beitrag zur staatspolitisch notwendigen „Distanzierung vom Deutschtum“, die erstmals nach 1945 erfolgte.<sup>12</sup> Die Akademie der Wissenschaften war durch ihre Österreich-Forschung an der wissenschaftlichen Grundlegung eines österreichischen Nationalbewusstseins federführend beteiligt.

Im August 1945 setzte die Akademie die Verbandskommission österreichischer Wissenschaft zur Koordinierung und Konzentrierung der Wissenschaft in der neuen Republik ein,<sup>13</sup> 1946 wurde die Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau als „Vereinigung der Körperschaften, denen der künftige Wiederaufbau Österreichs“ oblag,<sup>14</sup> gegründet und auf Antrag des Vizepräsidenten Richard Meister eine klassenübergreifende Kommission für die Ausarbeitung eines Österreichischen Biographischen Lexikons etabliert (Obmann: Leo Santifaller).<sup>15</sup> Weitere österreichbezogene Kommissionen wurden sowohl in der math.-nat. als auch in der phil.-hist. Klasse eingerichtet. Die Österreich-Forschung<sup>16</sup> der naturwissenschaftlichen Erhebungen bezog sich weitestgehend auf das Territorium der Republik. Die Kommissionen der phil.-hist. Klasse erhoben in österreichischen Archiven befindliche Quellenbestände, behielten aber die traditionellen Untersuchungsschwerpunkte ihrer jeweiligen Disziplinen bei. Diese lagen zeitlich vor 1918 und bezogen sich, abgesehen vom sogenannten deutschen Mittelalter, weitgehend auf das Territorium der Habsburgermonarchie. 1947 wurde die Kommission zur Herausgabe eines *Catalogus Faunae Austriae*, 1952 die Kommission zur Herausgabe eines *Catalogus Florae Austriae* und 1963 die Kommission zur Herausgabe eines *Catalogus Fossilium Austriae* eingesetzt (Abb. 76).<sup>17</sup> 1947 rief die Akademie die Österreichische Forschungsgemeinschaft für den Südosten an der ÖAW ins Leben. 1948 erschien der

11 FLECK, Autochthone Provinzialisierung, 1996.

12 BRUCKMÜLLER, Österreichische Geschichte, 2019, 634–636.

13 Siehe Kapitel 13, 151.

14 Festvortrag des Vizepräsidenten [Richard Meister], in: Alm. 97 (1947), 213.

15 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 25.10.1946 (A 1005); Spezialkommissionen, in: Alm. 96 (1946), 22.

16 Eine wissenschaftshistorische Auseinandersetzung mit der Österreich-Forschung an der Akademie, den Universitäten und anderen staatlichen Forschungseinrichtungen zwischen 1945 und dem EU-Beitritt 1995 ist noch ausständig.

17 Vgl. ÖAW M|I|N|E.



erste Jahrgang des Jahrbuchs der österreichischen Wissenschaft.<sup>18</sup> Im April desselben Jahres gründete die ÖAW zudem eine Gesellschaft für Mittelalterforschung, die das Ziel hatte, „die gesamte österreichische Arbeit auf dem Gebiete der Erforschung des Mittelalters zu koordinieren und zu fördern“.<sup>19</sup> Die Historische Kommission der Akademie widmete ihre Quelleneditionen dem „Neuaufbau des österreichischen Geschichtsbildes von den Anfängen her“,<sup>20</sup> und die Kommission für Musikforschung nahm die Arbeit an einem biografisch-bibliografischen Lexikon Österreichs auf.<sup>21</sup> An der Biologischen Station Lunz wurde eine Abteilung für Bienenforschung errichtet, womit das Ziel verfolgt wurde, „die weltbekannten [...] Bienenrassen Österreichs einer genetischen Analyse [zu] unterziehen und ihre Reinzucht auf den Grundlagen der modernen Züchtungslehre in Angriff nehmen“.<sup>22</sup>

76. Verzeichnis des ÖAW-Verlags zu den Veröffentlichungen der Kommissionen *Catalogus Faunae Austriae*, *Catalogus Florae Austriae* und *Catalogus Fossilium Austriae*, 1974

In den 1950er Jahren intensivierte die ÖAW ihre Österreich-Forschung mit der Unterstützung der Bundesländer und Gemeinden. Im Mittelpunkt standen „die Herausgabe der österreichischen Weistümer und Urbare, von Rechtsquellen und Stadtrechten aus Österreich, die Sammlung mittelalterlicher Inschriften und die Burgenforschung in Österreich, die Arbeiten am Bayerisch-Österreichischen Wörterbuch, die Forschungen in der Biologischen Station Lunz, die Fortsetzung des Historischen Atlas von Österreich“.<sup>23</sup> 1950 veröffentlichte die Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau den Wegweiser für Landes- und Volksforschung in Österreich.<sup>24</sup> Dieselbe Kommission hatte bereits 1948 erste detaillierte Arbeitskarten der Republik Österreich, u. a. mit der Eintragung der Gemeindegliederung, fertiggestellt. Die Herausgabe eines Österreich-Atlases wurde 1954 auf Antrag des neuen Kommissionsobmannes wM Hans Bobek beschlossen, der nach dem Unfalltod Hugo Hassingers dessen Nachfolger an der ÖAW und an der Universität Wien geworden war. Der *Nationalatlas der Republik Österreich*<sup>25</sup> erschien zwischen 1961 und 1980 (mit Nachträgen 1986) in Zusammenarbeit mit dem

18 Vgl. Verbandskommission österreichischer Wissenschaft, Jahrbuch, 1948.

19 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 98 (1948), 131, 192.

20 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 99 (1949), 155.

21 Vgl. ebd., 159.

22 Vgl. ebd., 165.

23 Eröffnungsansprache des Präsidenten, in: Alm. 105 (1955), 221.

24 Vgl. HASSINGER, Wegweiser, 1950; zur Rolle von Hugo Hassinger, der sein NS-Raumforschungsprogramm nach 1945 in adaptierter, auf Österreich und Wien bezogener Form wieder aufnehmen konnte, weil er zwar überzeugter Nationalsozialist, aber kein Parteimitglied gewesen war; siehe Kapitel 15, 223.

25 LICHTENBERGER, Die Entwicklung, 2009, 34; dies., Geographie, 2001, 116; BOBEK, Österreichs Regionalstruktur, 1975, 119.

ÖAW-Kartografen Erik Arnberger (kM I 1968, wM 1971) in zahlreichen Lieferungen als Produkt der Kommission für Raumforschung.<sup>26</sup>

Ab Mitte der 1950er Jahre und in den 1960er Jahren wurden weitere Einrichtungen zur Österreich-Forschung an der ÖAW geschaffen: 1956 die Kommission für den Volkskundeatlas in Österreich, 1959 die Kommission zur Schaffung einer Geschichte Österreichs und die Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie; 1961 die Kommission für einen Kunstatlas Österreichs; 1961 die Kommission für Stadtgeschichtsforschung (1963 umbenannt in Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte, deren wichtigstes Produkt das *Österreichische Städtebuch* war); 1962 die Kommission für Theatergeschichte Österreichs; 1967 das Institut für mittelalterliche Realienkunde Österreichs.<sup>27</sup> In der Österreich-Forschung stand die Erhebung und Sammlung empirischen Wissens im Vordergrund.

Im Zuge ihrer symbolträchtigen Neuverortung initiierte die Akademie noch vor ihrer Umbenennung ein Museum österreichischer Kultur. Am 5. Juli 1946 fasste die Akademie der Wissenschaften den Beschluss, das Bundesministerium zu ersuchen, „die Reihe der Staatsmuseen durch Errichtung eines ‚Museums österr. Kultur‘ zu erweitern“.<sup>28</sup> Noch im selben Jahr konnte das Museum österreichischer Kultur, initiiert von seinem Leiter August Loehr, wM und Erster Direktor des Kunsthistorischen Museums, in der Neuen Hofburg als Abteilung des KHM eröffnet werden.<sup>29</sup>

Die Akademie rief 1946 nicht nur das erste Österreich-Museum ins Leben, sondern fasste es auch als „Ehrenaufgabe“ auf,<sup>30</sup> die 1872 dem „ehrennden Andenken des größten Dichters des alten Österreich, der selbst zu den wirklichen Mitgliedern der Akademie aus ihrer Gründungszeit gehört hatte“,<sup>31</sup> gewidmete Grillparzer-Stiftung neu zu beleben. Dafür passte man den von den Nationalsozialisten 1939 umgestalteten Stiftbrief des Grillparzer-Preises, des ältesten österreichischen Literaturpreises, den neuen Verhältnissen an:<sup>32</sup> Anstatt des Vertreters der Reichsschrifttumskammer wurde wieder ein Vertreter der Schriftstellervereinigung Concordia, die auch das Preisgeld von 2.000 öS für die 1947 anstehende Preisverleihung stiftete, in das Preisgericht aufgenommen. 1946 widmete die Akademie „dem Andenken ihres Mitgliedes“ eine Grillparzer-Gedächtnisfeier zur Erinnerung an dessen Tod vor 75 Jahren.<sup>33</sup> Auch die Statuten der anderen Stiftungen, in denen in der NS-Zeit durch „Einschränkungen nach den Rassegesetzen“

26 Vgl. Kommission für Raumforschung, Atlas der Republik Österreich, 1961–1980.

27 Vgl. ÖAW M|I|N|E.

28 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 5.7.1946 (A 1004).

29 Vgl. LOEHR, Das Museum, 1949; HUFSCHMIED, „Ohne Rücksicht ...“, 2011, 45–86.

30 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 22.6.1945 (A 995).

31 Grillparzer-Preisstiftung. Stiftbrief (Neufassung 1946), in: Alm. 96 (1946), 201.

32 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 4.6.1946 (A 1003); siehe Kapitel 12, 54.

33 Vgl. Grillparzer-Gedächtnisfeier, in: Alm. 96 (1946), 196–200.

Veränderungen vorgenommen worden waren, erhielten 1946 wieder ihre alte Form. Die Gutenbrunner-Stiftung wurde umbenannt: Sie hieß nun wieder Gustav Figdor-Stiftung (nach dem Bankier und Schwager des Großvaters von Ludwig Wittgenstein) und war – wie schon vor 1938 – wieder der Förderung „eines österreichischen Erfinders oder Gelehrten gewidmet“. In das Statut der Hansgirt-Stiftung wurden wieder die Worte „ohne Unterschied der Nation und Religion der Autoren“ eingefügt. Die Wagner-Jauregg-Stiftung erhielt den Namen ihres Anregers, des jüdischen Czernowitzer Arztes Arnold Flinker, zurück und hieß – so wie vor 1938 – Arnold Flinker'sche und Julius Wagner-Jauregg'sche Stiftung.<sup>34</sup> In den Statuten der Sederl-Stiftung wurden Stellen, die auf den Stillhaltekommissar Bezug nahmen, beseitigt und in den Statuten der Matthäus und Rudolf Much-Preisstiftung wurde der Satz „Preisträger können nur Volksdeutsche arischer Abstammung sein“ sowie eine Bezugnahme auf die SS-Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe“, die Vermögen in die Stiftung eingebracht hatte, gestrichen.<sup>35</sup>

### 17.1.2 Akademiewahlen zwischen Entnazifizierung und (Re-)Integration (1945–1970)

Was die Selbstergänzung des Mitgliederstandes durch die Akademiewahlen betrifft, waren die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte von einer ambivalenten Berufungspraxis – Entnazifizierung, Reintegration ehemaliger Nationalsozialist/innen und Zuwahl von Opfern des Nationalsozialismus – geprägt. Drei Phasen lassen sich bestimmen: 1. die Phase demonstrativer Wiedergutmachung (1945–1948), 2. die Periode gespaltener Erneuerung (1949–1955) und 3. die Phase einer auffallend starken (Re-)Integration ehemaliger Nationalsozialist/innen durch Zuwahl in die Akademie (ab 1955).

*1. Demonstrative Wiedergutmachung:* Im Jahr 1945 wurden mit Ausnahme des Ägyptologen Wilhelm Czermak ausschließlich Gegner oder Opfer des Nationalsozialismus zu neuen Akademiemitgliedern gewählt.<sup>36</sup> Bis 1950 wählte die Akademie noch eine Reihe weiterer namhafter, in der NS-Zeit aufgrund ihrer jüdischen Abstammung verfolgter bzw. vertriebener Forscher/innen zu Mitgliedern beider Klassen,<sup>37</sup> so den Architekten der öster-

34 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 4.6.1946 (A 1003). Diese Rückbenennung schlug sich jedoch nicht in den nachfolgenden Almanachen der Akademie nieder, wo weiterhin von der „Kommission zur Verwaltung der Wagner-Jauregg-Widmung zur Erforschung und Bekämpfung von Kropf und Kretinismus“ die Rede ist.

35 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 4.6.1946 (A 1019).

36 Siehe Kapitel 13, 158.

37 1946 wurden folgende NS-Verfolgte und Geschädigte zu kM I gewählt: der Anglist Karl Brunner, der Völkerkundler Wilhelm Koppers, der Mineraloge Hans Leitmeier, der klassische Philologe Karl Mraz, der Physiker Karl Przibram, der Mediziner Karl Schwarzacher, der Zoologe Otto Storch, der Physiker Hans Thirring und der Techniker Karl Wolf. Zum wM wurde in diesem Jahr der Geograf Johann Sölch gewählt, der in der NS-Zeit nach vorheriger Anfrage und abschlägiger Antwort des REM nicht zur Wahl zum wM aufgestellt

reichischen Verfassung von 1920, Hans Kelsen (1881-1973, Abb. 77), und Lise Meitner (1878-1968), die Mitentdeckerin der Kernspaltung. Kelsen hatte Wien lange vor dem „Anschluss“ 1938 „auf das tiefste erbittert“ verlassen,<sup>38</sup> weil durch die Verfassungsnovelle von 1929 das Herzstück seiner Verfassung, der durch gewählte Richter konstituierte Verfassungsgerichtshof, seine politische Unabhängigkeit eingebüßt hatte. Nachdem er 1930 an die Universität Köln berufen worden war, hatten ihn die Nationalsozialisten 1933 als einen der Ersten beurlaubt und später zwangspensioniert. Der weltweit geschätzte Jurist Kelsen hatte nach Zwischenstationen in Genf und Prag 1940 in den USA Zuflucht gefunden und ab 1945 an der Universität Berkeley als Professor gelehrt. Den Vorschlag für seine Wahl zum kM A der ÖAW unterzeichneten Ludwig Adamovich (wM 1945), Hans Mayer (wM 1945) und Hans Planitz (wM 1945). In der Wahl-sitzung der phil.-hist. Klasse des Jahres 1947 wurde Kelsen, anders als die anderen für die Wahl nominierten Wissenschaftler, nicht einstimmig, sondern nur mit knapper Mehrheit zum kM A gewählt. So konnte Kelsen auch in der entscheidenden Gesamtsitzung auf die Stimmen mancher Mitglieder der phil.-hist. Klasse nicht zählen. Er wurde am 13. Mai 1947 mit 27 von 35 Stimmen gewählt.<sup>39</sup>



77. Hans Kelsen, Rechtswissenschaftler, 1940 emigriert, 1947 zum kM A gewählt, Aufnahme 1954

Im Jahr darauf, 1948, nahm die ÖAW ein nicht weniger prominentes NS-Opfer, die Kernphysikerin Lise Meitner, als Mitglied auf.<sup>40</sup> Die am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie tätige Forscherin hatte Berlin nach dem „Anschluss“ 1938 verlassen müssen, weil sie nun von den Nürnberger Rassengesetzen betroffen war. Sie forschte fortan an der am Nobel-Institut in Stockholm. Als im Herbst 1947 Max Planck, Ehrenmitglied der math.-nat. Klasse, verstarb, war die Stelle eines Ehrenmitglieds erneut zu vergeben; Präsident Ficker schlug dafür Lise Meitner vor. Allerdings war im Mai 1947 die Wahl von Otto Hahn (1879-1968, Abb. 78) - der 1938 zusammen mit Lise Meitner die Kernspaltung entdeckt hatte - zum Ehrenmitglied zurückgestellt und Hahn, mittlerweile Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, zum kM A gewählt worden. Nach dem Tod Max Plancks stand die Akademie

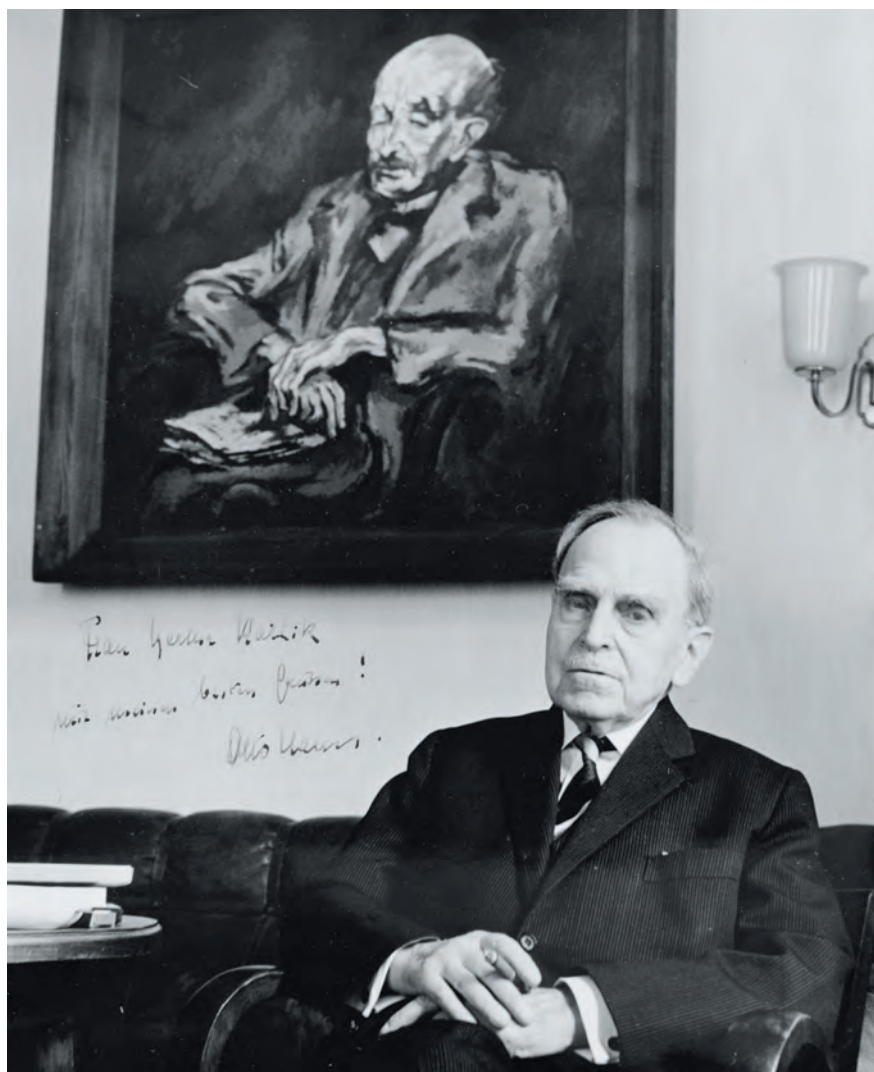
worden war. 1947 wurden folgende NS-Verfolgte und -Geschädigte zu kM I gewählt: der Philosoph Alois Dempf, der Historiker Ignaz Philipp Dengel, der Jurist Karl Rauch. Im selben Jahr wurden Rudolf Köstler, ein Kirchenrechtler, und die bereits erwähnten Karl Mras und Walter Schwarzacher - sie alle gehörten ebenfalls dieser Kategorie an - als wM in die Akademie aufgenommen.

38 KELSEN, Autobiographie, 2007, 77.

39 Vgl. OLECHOWSKI, Hans Kelsen, 2020, 769f.; AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 13.5.1947 (A 1011).

40 Vgl. CORRADINI/GEIGER/MAZOHL, Lise Meitner, 2021; siehe Kapitel 26, 316.

78. Otto Hahn, 1947  
kM A, 1961 EM der  
math.-nat. Klasse,  
1963 EM der  
Gesamtakademie,  
Foto mit einer von  
Hahn unterschrie-  
benen Widmung  
für Berta Karlik



nun vor der Entscheidung, „Meitner [...] [durch ihre Wahl zum Ehrenmitglied] vor Hahn zu stellen“ oder davon abzusehen. Stefan Meyer zog in dieser heiklen Situation die Fäden. In einem Brief an seinen Physikerfreund Hans Benndorf würdigte er beider Verdienste: „Wenn auch die Namen Hahn – Meitner vielfach verknüpft sind, so war er doch wohl der führende Geist und die epochale letzte Entdeckung von der Atomaufspaltung stammt von Hahn und Strassmann. Es ist aber ihr Verdienst, die dabei freiwerdenden Energiemengen zuerst berechnet zu haben.“<sup>41</sup> Im Nachsatz relativierte Meyer allerdings Meitners Leistung, denn „es lag in der Luft, nach Hahn’s Entdeckung“.<sup>42</sup> Meyer hielt es daher für „verkehrt“, Meitner zum EM vorzu-

41 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 10, Stefan Meyer an Hans Benndorf, 3.12.1947.

42 Ebd.

schlagen, „wenn man nicht ganz sicher ist, dass sie gewählt wird. [...] Ein Durchfall würde zu dem unangenehmsten Gerede führen und könnte für alle sehr peinlich werden.“<sup>43</sup> Stefan Meyer schlug eine salomonische Lösung vor: „Wenn es möglich wäre, Hahn und Meitner zu Ehrenmitgliedern zu wählen, so würde ich zustimmen, soviel ich weiss, ist aber bloss die eine Stelle nach Planck frei.“<sup>44</sup> Daher, so Meyer an Benndorf, „würde ich es sehr begrüßen, wenn sie zum kM im Ausland vorgeschlagen würde und ich würde mit besten Kräften dafür agitieren“.<sup>45</sup> Meyers Argument lautete: „Sie wäre dann Hahn gleichgestellt und als erste Frau, die in die Akademie gewählt würde, an so prominente Stelle gerückt, dass das wohl auch als ausgiebige Ehrung betrachtet werden kann.“<sup>46</sup> Dieser Kompromiss fand in der math.-nat. Klasse Zuspruch. Auf deren Initiative wurde die Atomforscherin Lise Meitner in der Gesamtsitzung am 25. Mai 1948 mit 32 von 40 abgegebenen Stimmen zum kM A gewählt.<sup>47</sup> Die durch den Tod Max Plancks frei gewordene Ehrenmitgliedschaft erhielt 1948 - u. a. auf Vorschlag Meyers - Arnold Sommerfeld (1868-1951), einer der Wegbereiter der theoretischen Physik.<sup>48</sup>

2. *Gespaltene Erneuerung*: Zwischen 1945 und 1948 hatte die Akademie etliche frei gewordene Mitgliederstellen mit NS-Opfern, darunter auch Funktionsträger des autoritären Ständestaats, besetzt. Diese Zuwahlpraxis änderte sich nach der Wiederzulassung der minderbelasteten wM zu den Akademiewahlen nach deren Entregistrierung bzw. durch die Minderbelastetenamnestie.<sup>49</sup> Vor Mai 1945 hatte die Akademie zur Hälfte aus NSDAP-Mitgliedern bestanden, deren Mehrzahl bei den Akademiewahlen des Jahres 1949 bereits wieder wahlberechtigt war. Die Akademie trat damit in eine Phase politisch gespaltener Zuwahlpraxis ein, deren Ausläufer noch in die 1960/70er Jahre hineinreichten: Zum einen wählte die Akademie ehemalige NSDAP-Mitglieder neu in beide Klassen zu kM I und wertete Mitglieder mit NS-Vergangenheit zu wM auf. Zum anderen wählte sie aber auch nach dem „Anschluss“ vertriebene und wieder zurückgekehrte Wissenschaftler zu neuen Mitgliedern, manche davon auch zu wM.

Als 1950 die ersten ehemaligen NSDAP-Mitglieder neu in die ÖAW gewählt wurden, war die Zeit demonstrativer Wiedergutmachung und Staatsloyalität vorbei. Die ersten Anzeichen dafür gab es bei den Akademiewahlen des Jahres 1949, in denen die nicht mehr ruhend gestellten wM wieder wahlberechtigt waren. In diesem Wahljahr waren vier Ehrenmitgliedschaften der Gesamtakademie zu vergeben, für die das Präsidium vier namhafte

43 Ebd.

44 Ebd.

45 Ebd.

46 Ebd.

47 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 8.5.1948 (A 1019).

48 Vgl. AÖAW, Personalakt Arnold Sommerfeld, Wahlvorschlag 1948; Verzeichnis der Mitglieder, in: Alm. 98 (1948), 20.

49 Siehe Kapitel 14, 187.

Persönlichkeiten aus Österreich nominierte: Karl Seitz, den Wiener Bürgermeister in der Zeit der Ersten Republik (1923-1934) und Ehrenvorsitzenden der SPÖ, Kardinal Theodor Innitzer, den Dombaumeister Karl Holey und den Komponisten Joseph Marx (1956 EM). Gewählt wurde nur Innitzer, aber keine der vier Ehrenmitgliederstellen wurde besetzt. Schon vor der Durchführung der Wahl hatte der Altphilologe Adolf Wilhelm (1864-1950) den gesamten Wahlvorschlag zur Diskussion gestellt, da er es für angemessen hielt, „nur Männer der Wissenschaft, nicht aber Politiker und Künstler zu wählen“.<sup>50</sup> Auch der ehemals prononcierte Nationalsozialist und NS-Dekan der juristischen Fakultät der Universität Wien, Ernst Schönbauer, der an der Universität in den dauerhaften Ruhestand versetzt, als wM aber reaktiviert worden war, lehnte „die Wahl von Personen, die immerhin für bestimmte politische Parteien repräsentativ sind“, angesichts „der bevorstehenden Nationalratswahlen“ des Jahres 1949 ab.<sup>51</sup> Vizepräsident Richard Meister war anderer Meinung: Er vertrat den Standpunkt, dass die Akademie mit ihrem Vorschlag „eine allgemeine Befriedung programmatisch ausspreche, wofür gerade der Zeitpunkt vor den Wahlen der angemessene sei“. Zugleich argumentierte Meister, „dass es der Akademie eine erhöhte Geltung in der Öffentlichkeit verschaffen würde, wenn sie ihre Anteilnahme an dem gesamtstaatlichen Schicksal Österreichs“ durch die „Wertschätzung repräsentativer Leistungen“ bekundete.<sup>52</sup> In diesem Zusammenhang verwies er auf die Wahl der Bundespräsidenten Michael Hainisch (1922) und Karl Renner (1947, Abb. 78) zu Ehrenmitgliedern. In der Tat hatte Renner anlässlich seiner Wahl zum Ehrenmitglied die Auszeichnung des Staatsoberhauptes „mit der höchsten Würde, die die Akademie zu vergeben hat“, als „feierliche Bekundung“ der akademischen Elite Österreichs bezeichnet, „sich vorbehaltlos zum freien, demokratischen Volksstaat bekannt“ zu haben.<sup>53</sup> Das Präsidium beharrte auf seinem neuen Österreich-Kurs und auch auf seinem Wahlvorschlag und ließ die Abstimmung durchführen. Die notwendige Stimmenanzahl erreichte lediglich Kardinal Innitzer, sodass daraufhin ein weiterer ehemaliger NS-Gesinnungsfreund, Hugo Hassinger, den Antrag stellte, „die Wahl zu reassumieren“.<sup>54</sup> Da nach einer weiteren Abstimmung der gesamte Antrag des Präsidiums keine Mehrheit fand, wurde auch die bereits vollzogene Wahl des Erzbischofs von Wien für ungültig erklärt. Im Almanach der Akademie blieb der Vorfall – was nicht weiter überraschend ist – unerwähnt. Hier hieß es beschönigend, dass „heuer nur sehr wenige Wahlen durchzuführen“ waren.<sup>55</sup> Tatsächlich waren 1949 für inländische

50 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 24.5.1949 (A 1027).

51 Ebd.

52 Ebd.

53 Ansprache des Bundespräsidenten, in: Alm. 97 (1947), 162f.

54 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 24.5.1949 (A 1027).

55 Eröffnungsansprache des Präsidenten, in: Alm. 99 (1949), 146.

Wissenschaftler keine Mitgliedschaften zu vergeben gewesen, da viele als ehemalige NSDAP-Mitglieder ruhend gestellte Akademiemitglieder aufgrund des Amnestiegesetzes von 1948 wieder in ihre Mitgliederstellen zurückgekehrt waren. Um sich dennoch weiterhin personell ergänzen zu können, beschloss die ÖAW 1949 eine Satzungsänderung: „Über 75 Jahre alte wirkliche Mitglieder werden in die Höchstzahl von 33 nicht eingerechnet; unbeschadet dessen behalten sie aber die gleichen Rechte und Pflichten.“<sup>56</sup>

Das Wahljahr 1950 war ein Schlüsseljahr für die Phase der gespaltenen Erneuerung der Akademie: In diesem Jahr wurden der Physiker Karl Przibram, der die NS-Zeit in Brüssel überlebt hatte, und der Mathematiker Paul Funk, der 1939 an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag zwangspensioniert und vor Kriegsende 1945 nach Theresienstadt deportiert worden war, zum wM gewählt.<sup>57</sup> Im selben Wahljahr wählte die ÖAW aber auch erstmals nach dem Ende der NS-Diktatur zwei ehemalige NSDAP-Mitglieder zu wM: den Geologen Raimund Klebelsberg, von 1942 bis 1945 Rektor der Universität Innsbruck (1942 kM I), sowie den klassischen Philologen Albin Lesky (1942 kM I). Auch unter den neu gewählten kM I tauchten 1950 erstmals wieder ehemalige Nationalsozialisten auf, etwa der Physiker Adolf Smekal, der Philosoph Friedrich Kainz und der Kunsthistoriker und Ostforscher Dagobert Frey. Frey, der ab 1945 das Institut für österreichische Kunstforschung am Bundesdenkmalamt geleitet hatte, war zwar kein Parteigenosse, aber Mitglied des Nationalsozialistischen Lehrerbunds und der NS-Volkswohlfahrt gewesen. Wie die Forschung später nachwies, war Frey als Kunstsachverständiger am NS-Kunstraub im besetzten Polen beteiligt.<sup>58</sup>

Unter den im ersten Nachkriegsjahrzehnt in die phil.-hist. Klasse neu gewählten wM befanden sich zumindest drei ehemalige NSDAP-Angehörige bzw. Parteianwärter: der Altphilologe Albin Lesky (gewählt 1950), der Philosoph Friedrich Kainz (1955) und der Indologe Erich Frauwallner (1955). In die math.-nat. Klasse wurden in diesem Zeitraum zumindest vier ehemalige NSDAP-Mitglieder bzw. Parteianwärter gewählt: der Geologe Raimund Klebelsberg, der Botaniker Karl Höfler (jeweils 1951), der Astronom Viktor Oberguggenberger (1954) und der Paläontologe Othmar Kühn (1955). Ab 1951 wurden noch weitere minderbelastete ehemalige Nationalsozialisten zu kM I gewählt, so u. a. Franz Ruttner, Leiter der Biologischen Station Lunz (1952), und der Althistoriker Fritz Schachermeyr (1954),<sup>59</sup> der als exponierter Nationalsozialist an der Akademie in Heidelberg stillschweigend von der Mitgliederliste gestrichen worden und nach mehrjährigem Berufsverbot

56 Satzung v. 27.3.1950, § 6.

57 Vgl. OBERKOFER, Der Mathematiker Paul Funk, 2005.

58 Vgl. AREND, Dagobert Frey, 2017; dies., Studien zur deutschen kunsthistorischen „Ostforschung“, 2009, 568–587.

59 Vgl. PESDITSCHKE, Barbar, Kreter, Arier, 2009.

1952 Josef Keil als Professor an der Universität Wien nachgefolgt war (wM 1957).<sup>60</sup>

Zwischen 1950 und 1955 wählte die Akademie allerdings auch zwei von den Nationalsozialisten Vertriebene zu wM: 1954 den Ethnologen Robert Heine-Geldern, der 1950 aus seinem New Yorker Exil an die Universität Wien zurückberufen worden war (kM I 1953),<sup>61</sup> und 1955 den Kunsthistoriker Otto Demus, der 1945 aus dem Londoner Exil zurückgekehrt und zum Leiter des Bundesdenkmalamtes in Wien berufen worden war (kM I 1953).<sup>62</sup> Auch Erwin Schrödinger, der 1956 aus Dublin nach Wien zurückgekehrt war, wurde noch im selben Jahr zum wM gewählt und zugleich als Erster mit dem nach ihm benannten Akademiepreis (Erwin Schrödinger-Preis 1956) geehrt.<sup>63</sup>

Die gesplante Erneuerung der Akademie zeigt sich auch in der Einrichtung der beiden höchst dotierten Preise der Akademie, dem Erwin Schrödinger-Preis (1956) und dem Wilhelm Hartel-Preis (1957), beide gestiftet von Unterrichtsminister Heinrich Drimmel (1912-1991). Unter den ersten sechs Preisträgern des von der math.-nat. Klasse vergebenen Erwin Schrödinger-Preises für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Naturwissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Fächer Physik und Chemie befanden sich drei Emigranten (wM Erwin Schrödinger, 1956; Marietta Blau, 1962; wM Karl Przibram, 1963) und der NS-Regimekritiker wM Felix Machatschki (1958). Hingegen waren die ersten vier Preisträger des von der phil.-hist. Klasse vergebenen Wilhelm Hartel-Preises für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften ehemalige Nationalsozialisten: wM Rudolf Egger (1957), Albin Lesky (1959), Friedrich Kainz (1961) und Fritz Schachermeyr (1963).<sup>64</sup>

3. *(Re-)Integration ehemaliger Nationalsozialist/innen*: Ab 1955, als Österreich seine Souveränität vollständig zurückerhalten hatte, verringerte sich an der Akademie – ebenso wie auch an anderen österreichischen Institutionen – die bis dahin noch gewahrte Distanz zum Nationalsozialismus weiter. Im Staatsvertragsjahr wählte die Akademie gleich drei ehemalige Nationalsozialisten zu wM:<sup>65</sup> den Indologen Erich Frauwallner, den Philosophen Friedrich Kainz sowie den Paläontologen Othmar Kühn.<sup>66</sup> Alle drei waren

60 WENNEMUTH, Die Heidelberger Akademie, 2018, 479-482; bes. 480.

61 Vgl. NELLER, Robert Heine-Gelderns Exilzeit in den USA 1938-1949, 2021.

62 Vgl. FEICHTINGER, Wissenschaft, 2001, 307, 424f. Otto Demus befürwortete die Rekonstruktion des durch einen Brand am 7./8. Februar 1961 zerstörten Deckengemäldes im Großen Festsaal des ÖAW-Hauptgebäudes am Dr.-Ignaz-Seipel-Platz 2; siehe Kapitel 23, 194. Anlässlich der Wiederherstellung des Gemäldes hielt Demus in der Feierlichen Sitzung 1965 den Festvortrag „Illusion und Kopie“, in: Alm. 115 (1965), 149-166.

63 Vgl. KRESTAN, Dokumentation, 1972, 167.

64 Vgl. ebd., 167f., 171.

65 Vgl. FEICHTINGER/HECHT, 1945 und danach, 2013, 195.

66 Die Angaben zur ehemaligen NSDAP-Mitgliedschaft auf Aktenbestände des ÖStA-AdR, des Wiener Stadt- und Landesarchivs sowie des Bundesarchivs in Berlin; vgl. AÖAW, Protokoll der Wahlsitzung der Gesamtakademie v. 17.5.1955 (A 1073).

zum Zeitpunkt ihrer Wahl zum wM an der Universität wieder voll rehabilitiert: Kainz und Kühn waren seit 1950 bzw. 1951 wieder als o. Professoren an der Universität Wien tätig, und das ehemals illegale NSDAP-Mitglied Erich Frauwallner (1898-1974, kM I 1940) war unmittelbar vor seiner Wahl zum wM im März 1955 wieder als ao. Professor an die Universität Wien zurückberufen worden. Mit ihrer Wahl zu wM vergrößerte sich der Handlungsspielraum dieser drei ehemaligen Nationalsozialisten an der ÖAW erheblich: So konnte Frauwallner schon im Jahr nach seiner Wahl die neue Kommission für die Sprachen und Kulturen Süd- und Ostasiens initiieren. Im gleichen Jahr verhinderte er die seit 1918 nicht mehr von Robert von Heine-Geldern vorgeschlagene Wahl des in Wien gebürtigen, 1938 mit seiner jüdischen Verlobten emigrierten und in den USA bekannten Islamwissenschaftlers Gustave Edmund von Grunebaum zum kM A.<sup>67</sup> Frauwallner wurde 1960 schließlich zum o. Professur für Indologie an der Universität Wien ernannt.<sup>68</sup>

Wie Ernst Bruckmüller schreibt, schien es um 1960, „als befände sich Österreich wieder auf dem Weg in einen kollektiven Deutschnationalismus, mit zum Teil eindeutig nationalsozialistischen Zügen“.<sup>69</sup> In noch drastischeren Worten drückte es der Zeitgenosse Walter Hacker, der 1938 als verfolgter Sozialdemokrat nach England geflüchtet und 1945 nach Österreich zurückgekehrt war, aus, indem er von einer „Renazifizierung“ Österreichs sprach.<sup>70</sup> Was diese Tendenz betrifft – die seit der Mitte der 1950er Jahre österreichweit zugenommen hatte – stellte auch die ÖAW keine Ausnahme dar.

1959 wählte die ÖAW Otmar von Verschuer, einen der führenden Rassenhygieniker des „Dritten Reiches“, zum kM A. Verschuer war aufgrund der öffentlichen Vorwürfe wegen seiner Verstrickung in NS-Medizinverbrechen und der Verwendung von Organen und Blutproben aus Auschwitz in seinem Institut im Juli 1946 als oM der Berliner Akademie der Wissenschaften gestrichen worden.<sup>71</sup> 1970 betrauerte die ÖAW den Tod ihres kM A, des „auf

67 Vgl. STUCHLIK, *Der arische Ansatz*, 2009, 159-161. Grunebaum hatte als Professor für Near Eastern History (ab 1943 in Chicago, ab 1957 in Los Angeles) und als Gründungsdirektor des UCLA Grunebaum Center for Near Eastern Studies wesentlichen Anteil am Aufbau der Middle East Studies und der Gründung der Middle East Studies Association (MESA) (1966). Edward Said berücksichtigt Grunebaum und seine Islamstudien in seinem Standardwerk *Orientalism* als einzigen Orientalisten aus Österreich; vgl. SAID, *Orientalismus*, 2009, 340-343, 345, 350; POLLOCK, *Ex Oriente Nox*, 2002, 359-362.

68 Vgl. PFEFFERLE/PFEFFERLE, *Glimpflich entnazifiziert*, 2012, 84.

69 BRUCKMÜLLER, *Österreichische Geschichte*, 2019, 637.

70 HACKER, *Warnung*, 1966, 7-14, bes. 9.

71 HINZ-WESSELS, *Der Umgang*, 2014, 376f., 379; vgl. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, *Mitglieder historisch*, <https://www.bbaw.de/die-akademie/akademie-historische-aspekte/mitglieder-historisch/historisches-mitglied-otmar-freiherr-von-verschuer-2861> (abgerufen am 15.6.2021); zum Umgang mit Verschuer in der Max-Planck-Gesellschaft vgl. SACHSE, *Persilscheinkultur*, 2002, 223-252; SACHSE, *Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer*, 2004, 286-319.

dem Gebiet der menschlichen Erblehre, insbesondere der Zwillingsforschung führenden Otmar von Verschuer.“<sup>72</sup>

In den 1960er Jahren wählte die Akademie weitere ehemals minderbelastete kM I in den Stand der wM, so den Semitisten und Arabisten Adolf Grohmann (kM 1937, wM 1961), den Mathematiker Josef Krames (kM I 1942, wM 1962), die Germanisten Leo Jutz (kM I 1941, wM 1961), Eberhard Kranzmayer (kM I 1951, wM 1967) und Hans Rupprich (kM I 1944, wM 1969), die Physiker Gustav Ortner (kM I 1941, wM 1964) und Georg Stetter (kM I 1940, wM 1962) sowie die Theaterwissenschaftler Heinz Kindermann (1960 kM I, 1962 wM) und Margret Dietrich (1964 kM I, 1981 wM). 1965 wurde der Grazer Professor für Psychologie und Pädagogik Ferdinand Weinhandl (1896–1973), ein ehemaliger Nationalsozialist und Leiter der Abteilung Philosophie im „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ („Aktion Ritterbusch“) zum kM I gewählt.<sup>73</sup> 1971 wählte die ÖAW den Professor für Volkskunde der Universität Wien Richard Wolfram (1968 KM I) zum wM. Er hatte als prononcierter Nationalsozialist und SS-Mitglied ab 1938 die Lehr- und Forschungsstätte für germanisch-deutsche Volkskunde des SS-Ahnenerbe geleitet, in Wien ein analoges Universitätsinstitut aufgebaut und ab 1959 den Österreichischen Volkskundeatlas erstellt, der zwischen 1965 und 1981 unter dem Patronat der ÖAW erschien.<sup>74</sup> Allein die beabsichtigte Wahl des NS-Rektors der Technischen Hochschule Wien, Heinrich Sequenz (kM I 1941), zum wM scheiterte am vehementen Widerstand des TH-Mathematikprofessors wM Paul Funk, der für diesen Fall mit dem Austritt aus der ÖAW gedroht hatte.<sup>75</sup> Im Jahr 1964 wurde noch der mittlerweile 88-jährige „Anschlussrektor“ der Universität Innsbruck, Harold Steinacker, zum EM der Akademie gewählt.<sup>76</sup> Vorgeschlagen hatte ihn u. a. der ehemalige Nationalsozialist wM Rudolf Egger, der 1957 als Erster mit dem Wilhelm Hartel-Preis ausgezeichnet worden war.<sup>77</sup>

In der Zeit der Präsidentschaft Richard Meisters (1951–1963) wurden ehemalige Nationalsozialisten auch wieder in Präsidialämter gewählt: Der Mathematiker wM Erwin Kruppa, NS-Dekan von 1940 bis 1945, an der Akademie zwischen 1945 und 1948 als Mitglied ruhend gestellt und 1953/54 Rektor an der TH Wien, übte zwischen 1957 und 1960 an der ÖAW das Amt des Vizepräsidenten aus. Der „Anschlussrektor“ der Universität Wien, wM Fritz Knoll, der nach dem „Anschluss“ ein Jahr lang die Interessen der Landesleitung der NSDAP an der Akademie vertreten hatte, 1945 dort ausgeschlossen und an der Universität entlassen und 1947 in den dauerhaften Ruhe-

72 Bericht des Sekretärs, in: Alm. 120 (1970), 161.

73 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 115 (1965), 128; vgl. Ilse KOROTIN, Kampf, 2021.

74 Vgl. JOHLER, Richard Wolfram, 2021.

75 Vgl. FEICHTINGER/KLOS, Entnazifizierung, 2021, 401.

76 Vgl. FEICHTINGER/UHL, Akademie, 2005, 335f.; FEICHTINGER/HECHT, 1945 und danach, 2013, 197.

77 Vgl. KRESTAN, Dokumentation, 1972, 171.

stand versetzt worden war, beteiligte sich von 1957 bis 1964 als Sekretär der math.-nat. Klasse und Generalsekretär an der Gestaltung der ÖAW. 1961 verlieh ihm die Universität Wien durch ihren Rektor wM Othmar Kühn das Rektorserinnerungszeichen „in Anerkennung [der] ehrenvollen und mutigen Amtsführung in schwerer Zeit“, <sup>78</sup> 1967 die Akademie die Medaille *Bene merito* für besondere Verdienste um die ÖAW. <sup>79</sup> Der Altphilologe Albin Lesky fungierte von 1959 bis 1963 als Sekretär der phil.-hist. Klasse, von 1963 bis 1969 als Vizepräsident und von 1969/70 als Präsident der ÖAW. Lesky, der im Studienjahr 1963/64 auch das Amt des Rektors der Universität Wien ausfüllte, hatte gegenüber dem Überprüfungsausschuss der Universität Innsbruck glaubhaft versichert, dass er nur aus Sorge um seine berufliche Existenz der NSDAP beigetreten war. <sup>80</sup>

Die verstärkte (Re-)Integration ehemaliger Nationalsozialist/innen in die ÖAW ab Mitte der 1950er Jahre schloss aber die vereinzelte Zuwahl vertriebener und zurückgekehrter jüdischer Wissenschaftler nicht aus: Schon im Jahr des Abgangs von Richard Meister als Akademiepräsident 1963 wurde der Historiker Friedrich Engel-Janosi, der zuletzt als Professor an der Catholic University of America in Washington D. C. gelehrt hatte und 1959 als Honorarprofessor an die Universität Wien zurückgekehrt war, zum kM I gewählt. In seinen Erinnerungen stellte er fest, sich an der ÖAW „und ihrer nicht eben im marxistischen Sinn erfolgten Teilung in zwei Klassen samt deren Konsequenzen nie zu Hause gefühlt“ zu haben, sei er doch „durch Amerika ‚deprovinzialisiert‘ worden“. <sup>81</sup> 1963 wurde auch der seit 1936 in Cambridge tätige Chemiker Max F. Perutz zum kM A gewählt. Perutz hatte Wien nach seinem Studienabschluss verlassen, um sich an der Universität Cambridge als PhD-Student einzuschreiben. Am Cavendish Laboratory fand er jenes Forschungsumfeld, das ihm Wien nicht geboten hatte. Seine jüdische Herkunft war zudem längst vor dem „Anschluss“ 1938 einer akademischen Karriere nicht zuträglich gewesen. 1962 erhielt Perutz für die Entschlüsselung der Struktur des Blutfarbstoffs Hämoglobin den Nobelpreis für Chemie. In den folgenden anderthalb Jahrzehnten wurden weitere Wissenschaftler, die Österreich vor oder nach dem „Anschluss“ verlassen hatten, zu Akademiemitgliedern gewählt: 1965 wählte die ÖAW den Kunsthistoriker Otto Pächt, der 1963 aus Oxford an die Universität Wien berufen worden war, zum kM I und 1967 zum wM; 1968 den an der Universität Rutgers lehrenden Habsburgermonarchie-Historiker Robert Kann zum kM A; 1970 Hermann Mark, der 1938 emigriert und aus der Akademie ausgeschlossen worden war und in New York zum weltweit führenden Kunststoffchemi-

78 Vgl. TASCHWER, Hochburg, 2015, 265.

79 Vgl. TASCHWER, Die zwei Karrieren, 2013, 54.

80 Vgl. GOLLER/OBERKOFER, Universität Innsbruck, 2003, 27; FEICHTINGER/UHL, Akademie, 2005, 335.

81 ENGEL-JANOSI, ... aber ein stolzer Bettler, 1974, 295.

ker aufgestiegen war, zum EM;<sup>82</sup> 1977 und 1978 die beiden in die Emigration gezwungenen Rechtshistoriker Walter Ullmann und Guido Kisch zu kM A.<sup>83</sup>

Ungeachtet der letztgenannten Wahlentscheidungen lag ein Schatten auf der Wahlpolitik der ÖAW nach 1945, auf den der Innsbrucker Historiker Gerhard Oberkofler in mehreren Arbeiten kritisch verweist. Wie bereits gezeigt, wurden in den ersten Nachkriegsjahrzehnten neben bedeutenden Wissenschaftlern auch heute vergessene und hinsichtlich ihrer NS-Involvierung fragwürdige Forscher zu ÖAW-Mitgliedern gewählt, während „Zuwahlalternativen“, die es auch gegeben hätte, überhaupt nicht erwogen worden waren.<sup>84</sup> Das Ausbleiben einer personellen Zäsur nach 1945 blieb richtungsweisend für die Selbstfindung der Akademie als einer nationalen Akademie, die, wie es der neue Akademiepräsident Erich Schmid in der Feierlichen Sitzung 1964 ausdrückte, nach der Selbstisolierung in der Zwischenkriegszeit, den dunklen Jahren des Nationalsozialismus und zwei Jahrzehnten Selbstprovinzialisierung „hinter dem Weltstandard zurückgeblieben“ war.<sup>85</sup>

## 17.2 Die Selbstfindung der ÖAW als Akademie zwischen Ost und West, Bundesrepublik und DDR (1945–1964)

Im ersten Nachkriegsjahrzehnt stand die Akademie vor der Herausforderung, sich auch international neu auszurichten. Vor dem Abschluss des Staatsvertrags waren die traditionelle wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den deutschen Akademien sowie die diplomatischen Beziehungen mit den beiden deutschen Staaten weitgehend eingeschränkt.<sup>86</sup> So konnten an den Jubiläumssitzungen der Leipziger und Wiener Akademie 1946 und 1947 noch keine Delegationen aus dem jeweils anderen Land teilnehmen. Die ÖAW konnte erst zur 250-Jahr-Feier der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Jahr 1950 Präsident Ficker und Generalsekretär Keil entsenden. 1951 folgte Vizepräsident Meister anlässlich der 200-Jahr-Feier der Akademie der Wissenschaften in Göttingen der Einladung, „als Vertreter der früher im Kartell der deutschen Akademien zusammengeschlossenen Akademien eine Ansprache zu halten“.<sup>87</sup>

Der wissenschaftliche Austausch mit Institutionen in Ost- und Westeuropa beschränkte sich vorerst auf den Tausch von Akademieschriften, der 1945 auf Initiative der Besatzungsbehörden offiziell reaktiviert, ab 1946 mit dem British Council und - nach zögerlichem Anlauf - mit der Akademie der

<sup>82</sup> Vgl. FEICHTINGER, Hermann Mark, 2008.

<sup>83</sup> Vgl. FEICHTINGER, Wissenschaft zwischen den Kulturen, 2001, 268–271; BATTENBERG, Der Rechtshistoriker Guido Kisch, 2018.

<sup>84</sup> OBERKOFER, Bemerkungen, 2012, 6.

<sup>85</sup> Eröffnungsansprache des Präsidenten, in: Alm. 115 (1965), 116f.

<sup>86</sup> Vgl. GRAF, Die Österreichische Akademie, 2018, 265.

<sup>87</sup> AÖAW, Protokoll der Sitzung der Gesamtakademie v. 7.12.1951 (A 1046).

Wissenschaften der UdSSR durchgeführt<sup>88</sup> und ab 1949/50 wieder in großem Stil gepflegt wurde.<sup>89</sup> Ein institutionalisierter Verkehr von Wissenschaftlern zwischen der ÖAW und den Ost-Akademien wurde vorerst nicht in Betracht gezogen. Die Wissenschaftsakademien jenseits des Eisernen Vorhangs wurden zwischen 1948 und 1953 aufgelöst, durch Akademiegesetze neu gegründet und nach weitgehender Einschränkung ihrer Autonomie für eine von den kommunistischen Staatsparteien gelenkten Wissenschaftspolitik instrumentalisiert.<sup>90</sup> Während die Akademien der neuen Volksrepubliken zwar ihrerseits bald Austausch und Zusammenarbeit anstrebten, hielt sich die ÖAW bis Mitte der 1960er Jahre zurück: Ab 1954 wurden Vortragseinladungen nur ausnahmsweise angenommen und Gegeneinladungen ausgesprochen (so z. B. von der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste). Da aber „der Bundesminister [Heinrich Drimmel] sich gegen einen regeren Kulturaustausch mit den Staaten des Ostblocks ausgesprochen hat“, <sup>91</sup> zog Akademiepräsident Richard Meister bis zu Beginn der 1960er Jahre keinen regelmäßigen Besuchsverkehr von Wissenschaftlern zwischen Wien und Osteuropa in Betracht. 1955 vertraten die beiden Wiener Akademiemitglieder Berta Karlik und Erich Schmid Österreich auf der Konferenz der Akademie der Wissenschaften der UdSSR über die Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke. 1960 besuchte Richard Meister die Ungarische Akademie der Wissenschaften in Budapest; es handelte sich um den ersten Besuch eines ÖAW-Präsidenten an einer Ost-Akademie. Zwar hielten sich in den folgenden Jahren die Präsidenten der polnischen, ungarischen und jugoslawischen Akademien zu Vortragszwecken in Wien auf, sie statteten der ÖAW aber keinen Besuch ab. Meisters Nachfolger Erich Schmid besuchte ab 1965 die Akademien in Moskau, Warschau, Bukarest und Prag.<sup>92</sup>

Während sich der Austausch mit osteuropäischen Wissenschaftsinstitutionen sehr zurückhaltend entwickelte, suchte die ÖAW ab 1948 durch die Teilnahme ihrer Mitglieder an internationalen Wissenschaftskongressen aktiv Anschluss an die westeuropäische Wissenschaft.<sup>93</sup> 1947 reaktivierte die Akademie ihre Mitgliedschaft in der Union Académique Internationale (UAI), in der sie Österreich schon zwischen 1935 und 1938 vertreten hatte. Die phil.-hist. Klasse nahm die Mitarbeit an vier UAI-Unternehmungen auf: an der Neubearbeitung des Mittellateinischen Wörterbuchs, am Corpus Varsorum Antiquorum (CVA), am Corpus Vitrearum Medii Aevi (CVMA) und an

88 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 25.10.1946 (A 1005); AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 10.1.1947 (A 1007).

89 Das erste Verzeichnis der Institutionen, die mit der ÖAW Schriften austauschten, wurde im Almanach für das Jahr 1950 abgedruckt. Verzeichnis der mit der Akademie im Schriftentausch stehenden Institute (Stand: 31.12.1950), in: Alm. 100 (1950), 140–156.

90 Vgl. FEICHTINGER/UHL, Die Akademien, 2018, 11f.

91 AÖAW, Protokoll der Sitzung der Gesamtakademie v. 18.1.1957 (A 1086).

92 Vgl. FEICHTINGER/UHL, Zwischen Gelehrtenengesellschaft, 2018, 239f.

93 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 22.10.1948 (A 1021).

den *Tabula Imperii Romani* (TIR).<sup>94</sup> Im Juni 1963 veranstaltete die ÖAW schließlich die 37. Jahressitzung der UAI mit rund 70 internationalen Delegierten in Wien.<sup>95</sup>

1949 übernahm die ÖAW erstmals die Vertretung Österreichs im International Council of Scientific Unions (ICSU). Sie wurde bis 1955 Mitglied folgender Unionen: der Internationalen Union für Kristallographie, der Internationalen Mathematischen Union, der Internationalen Geographischen Union und der Internationalen Union für theoretische und angewandte Mechanik.<sup>96</sup> Ab den 1950er Jahren entsandte sie wieder Delegierte in weitere internationale Organisationen: wM Alphons Lhotsky 1953 in die Zentralkommission der Monumenta Germaniae Historica (seit 1875), wM Albin Lesky 1957 in die Internationale Thesauruskommission (seit 1893) sowie die wM Karl Mayrhofer und Paul Funk 1957 in die Akademische Kommission für die Mathematische Enzyklopädie (seit 1934). WM Arnold Durig und Ferdinand Steinhauser (1946 wM I, 1958 wM) hatten dem Stiftungsrat der Hochalpinen Forschungsstation auf dem Jungfraujoch (seit 1930) ununterbrochen angehört (auch nach Durigs 1938 aus politischen Gründen erfolgten Enthebung von seiner Professur an der Universität Wien); Delegierte entsandte die ÖAW neu in die International Astronomical Union (ab 1955), die International Science Foundation (ab 1955), den Internationalen Historikerverband (ab 1948), das International African Institute (London) (ab 1949) sowie die Österreichische UNESCO-Kommission (ab 1949).<sup>97</sup>

Österreich war 1948 – sieben Jahre vor seinem UNO-Beitritt (1955) – der UNESCO beigetreten. Den UNESCO-Beitritt hatte die im Sommer 1945 wieder einberufene Landeskommission für geistige Zusammenarbeit (ab 1949 Österreichische UNESCO-Kommission) vorbereitet, die wM Alfons Dopsch 1923 im Rahmen des Genfer Völkerbund-Komitees für internationale geistige Zusammenarbeit gegründet hatte.<sup>98</sup> Die Reaktivierung der österreichischen Landeskommission für geistige Zusammenarbeit (mit Richard Meister als Vertreter der Akademie) erfüllte den Zweck,<sup>99</sup> die 1945 vom Amt für die Auswärtigen Angelegenheiten und vom Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten geforderte Umwandlung der Akademie in einen international sichtbaren Zentralforschungsrat überflüssig erscheinen zu lassen.<sup>100</sup>

94 Vgl. ERB, *Geschichte*, 2002; LANG-AUINGER, *Corpus Vasorum Antiquorum*, 2008, 57–59; FRODL-KRAFT, *Das Corpus Vitrearum Medii Aevi*, 2004.

95 Vgl. Berichte über besondere Veranstaltungen, in: Alm. 113 (1963), 585; siehe Kapitel 26, 318.

96 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 105 (1955), 230.

97 Vgl. Delegationen, in: Alm. 109 (1959), 167–169.

98 Vgl. FEICHTINGER, *On the Fraught Internationalism of Intellectuals*, 2020.

99 Vgl. LOEHR, *Die Tätigkeit*, 1951. Richard Meister war ab 1949 auch der erste Akademievertreter in der Österreichischen UNESCO-Kommission.

100 Siehe Kapitel 13, 149.

Höchste Priorität im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Wiederherstellung internationaler Kooperationen hatte allerdings bereits 1945 die Reaktivierung des Kartells, auf das sich die internationale Kooperation der Akademie seit mehr als einem halben Jahrhundert (1893) weitgehend beschränkt hatte. Das Kartell, das in der Zeit des Nationalsozialismus in der Reichsakademie aufgegangen war,<sup>101</sup> war 1945 als aufgelöst betrachtet worden. So ruhte auch die Arbeit an der Herausgabe der mittelalterlichen deutschen Inschriften und der mittelalterlichen Bibliothekskataloge.<sup>102</sup> Weitgehend ungeklärt war der Status der Wiener Akademie hinsichtlich der Zusammenarbeit am Thesaurus linguae Latinae, an dem an der Akademie der Wissenschaften in München seit Juli 1946 wieder gearbeitet wurde.<sup>103</sup> 1948 verabschiedete die Gesamtsitzung der ÖAW eine Resolution, in der es hieß, „daß das Kartell weiterbestehen bleiben und sich die österreichische Akademie auch weiter daran beteiligen soll“.<sup>104</sup> Da das Kartell „keine Schöpfung aus der Zeit von 1938–1945“ sei – so argumentierte Meister weiter –, sondern zu einem Zeitpunkt gegründet worden sei, „da Österreich gegenüber dem Deutschen Reiche so wie heute Ausland war“, gebe es keinen Grund, dass es nicht weiterbestehen könne.<sup>105</sup> Das Kartell war jedoch Geschichte und blieb es auch. Einzelne Unternehmungen des Kartells wurden allerdings weitergeführt und ab 1956 im Rahmen der sogenannten Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten, einer Erfindung Meisters, anlässlich der Jahressitzungen der Akademien auf neue informelle Grundlagen gestellt.

### 17.2.1 Die Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten (1956–1964)

An der Feierlichen Sitzung der ÖAW am 18. Mai 1955 nahmen erstmals wieder drei Akademiepräsidenten aus Ost- und Westdeutschland teil: Theodor Frings aus Leipzig, der als Vertreter der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig entsandt worden war, sowie Richard Wagner, Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, und Hans Kienle, Präsident der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. So sei es im Mai 1955 in Wien zur ersten Begegnung zwischen den Präsidenten der ost- und westdeutschen Akademien nach Kriegsende gekommen, so die Zeitzeugin und Aktuarin der ÖAW Ludmilla Krestan (1911–1998), bei der die Delegierten einander zunächst „direkt feindlich“ gegenübergestanden wären, bevor ein Heurigenbesuch die Stimmung aufgeheitert habe.<sup>106</sup>

101 Siehe Kapitel 12, 71.

102 Ebenfalls ruhte die Arbeit an der UAI-Unternehmung Mittellateinisches Wörterbuch.

103 Vgl. Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 97 (1947), 241f.

104 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 10.12.1948 (A 1022).

105 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 11.3.1949 (A 1025).

106 AÖAW, Verein der Freunde der ÖAW, K. 1, Ludmilla Krestan, Hinweise über die Tätigkeit und Veranstaltungen der Akademie in den letzten 50 Jahren, undat. [verm. 1997].

Diese Zusammenkunft gab wohl den Anstoß für den Wiener Akademiepräsidenten Richard Meister, auf der Jahressitzung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften am 1. Dezember 1956 den Antrag der Wiener Akademie zu stellen,

daß turnusweise jedes Jahr einmal, und zwar im Zusammenhang mit der feierlichen Jahressitzung eine Zusammenkunft der Akademiepräsidenten vorgesehen werde in ähnlicher Weise, wie es früher die Versammlungen der Delegierten der im Kartell stehenden Akademien des Deutschen Reiches und der Wiener Akademie waren.<sup>107</sup>

Am 16. Mai 1956 hatten sich erstmals je ein Präsidiumsmitglied der ost- und westdeutschen Akademien anlässlich der Jahresfeier der ÖAW auf Einladung des Heidelberger Akademiepräsidenten Hans Kienle zu einer „informellen Arbeitsbesprechung“ an der Akademie in Wien getroffen. Die Akademien von Göttingen, Heidelberg, Leipzig und München waren durch ihre Präsidenten in Wien vertreten,<sup>108</sup> die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin durch den Vizepräsidenten Wolfgang Steinitz. Sie hatten im Vorfeld der offiziellen Sitzung die Möglichkeit, „mit den Vertretern der anderen Akademien [...] Fühlung zu nehmen“.<sup>109</sup> Zur Sitzung beigezogen wurden „mit beratender Stimme“ Präsidiumsmitglieder der ÖAW: Richard Meister (Vorsitz), Heinrich Ficker und Josef Keil.<sup>110</sup> Diese Arbeitsbesprechungen unter den Akademiepräsidenten (ab 1958 einschließlich der Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz) wurden schließlich häufiger als einmal jährlich einberufen. Sie fanden bis 1964 fünfmal in Wien, zweimal in München, zweimal in Berlin und je einmal in Göttingen, Heidelberg und Mainz statt.<sup>111</sup> Die Akademie der Naturforscher in Halle war als Nichtmitglied des Kartells auch nicht in die Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten eingebunden. Verhandelt wurden u. a. die Art der Vertretung der Wissenschaft beider deutscher Staaten in der Union Académique Internationale, die gemeinsame Herausgabe der beiden interakademischen Zeitschriften *Forschungen und Fortschritte* und *Deutsche Literaturzeitschrift*, die deutsche

107 AÖAW, Protokoll der Sitzung der Gesamtakademie v. 14.12.1956 (A 1085).

108 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Hans Kienle an die Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin [Max Volmer], der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen [Josef Klein], der Sächsischen Akademie der Wissenschaften [Theodor Frings], die Bayerische Akademie der Wissenschaften [Friedrich Baethgen], Österreichische Akademie der Wissenschaften [Richard Meister], 2.5.1956.

109 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Richard Meister an die Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin [Max Volmer], der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen [Josef Klein], der Sächsischen Akademie der Wissenschaften [Theodor Frings], die Bayerische Akademie der Wissenschaften [Friedrich Baethgen], Österreichische Akademie der Wissenschaften [Richard Meister], 7.5.1956.

110 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Protokoll über die informelle Arbeitsbesprechung der Präsidenten der deutschen Akademien der Wissenschaften, Wien, ÖAW, 16.5.1956; vgl. KOCKA/NÖTZOLDT/WALTHER, Die Berliner Akademien, 2002, 427.

111 Vgl. WÖCKINGER, Die Akademie, 2010, 68f.

Rechtschreibreform, Deutsch als internationale Kongresssprache, notwendige Reformmaßnahmen der Akademien zur Wahrung ihres Stellenwerts im westdeutschen und österreichischen Wissenschaftsgefüge und schließlich die Wiederaufnahme von 1945 abgebrochenen interakademischen Unternehmungen.<sup>112</sup> Bezeichnend ist, dass sich im Zeitraum von 1956 bis 1964 unter den an den Arbeitsbesprechungen beteiligten Akademiepräsidenten kein einziger Naturwissenschaftler befand (mit Ausnahme von Heinrich Ficker 1956 und des neuen Wiener Akademiepräsidenten Erich Schmid 1964). Dementsprechend wurde naturwissenschaftlichen Unternehmungen in und zwischen den Akademien auch wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Auf der Arbeitsbesprechung in Göttingen 1958 und München 1959 wurde auf Initiative von Richard Meister unter anderem das ursprünglich vom Kartell betriebene Inschriftenprojekt wieder als gemeinsame Unternehmung in Gang gesetzt; 1959 wurde eine interakademische Kommission unter Münchener Vorsitz konstituiert. Die „Deutschen Inschriften“ standen bereits bei der nächsten Arbeitsbesprechung 1960 in Wien wieder auf der Tagesordnung. Ein Gegenstand der Besprechung war die Eingabe des Vizepräsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin, Wolfgang Steinitz, die dieser im Vorfeld gemacht hatte: Steinitz erachtete es für notwendig, eine Formulierung im Verlagsprospekt der Buchreihe, die noch aus dem Jahr 1942 stammte und „unter ganz anderen historischen Verhältnissen“ entstanden war, zu ändern. In dem im Verlagsprospekt 1960 abgedruckten, von Steinitz beanstandeten Text hieß es:

Die Ak. d. Wissenschaften zu Berlin, Göttingen ... haben sich vereinigt, in gemeinsamer Bemühung alle Inschriften des deutschen Volksbodens bis zum Jahre 1650 zu sammeln. [...] Wir hoffen in dem Werke nach und nach alle Inschriften zu vereinen, die auf dem geschlossenen Siedlungsboden unseres Volkes sich finden. Wir werden uns aber bemühen, auch alle Inschriften außerhalb dieses Bereiches zu sammeln, die deutsches Leben beinhalten.<sup>113</sup>

Die Einwände von Steinitz wurden für berechtigt befunden – der „deutsche Volksboden“ wurde durch „Deutschland und Österreich“ ersetzt, der Rest gestrichen; außerdem wurde eine Überprüfung des gesamten Vorworts des Bandes auf einschlägige Formulierungen veranlasst.<sup>114</sup>

Die Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten boten jeder teilnehmenden Akademie eine Bühne der Selbstbehauptung. In der zweiten

112 Vgl. ebd., 67–69.

113 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Wolfgang Steinitz an Richard Meister, 23.5.1960.

114 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Protokoll der Arbeitsbesprechung der Präsidenten der deutschen Akademien und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 31.5.1960 in Wien.

Hälfte der 1950er Jahre suchten die im Wissenschaftsgefüge der Bundesrepublik weitgehend bedeutungslos gewordenen Akademien und die beiden DDR-Akademien zunehmend die Zusammenarbeit. Konfliktpotenzial barg unter anderem die Frage, wie Deutschland in der UAI vertreten sein solle. Hierbei bot sich die Wiener Akademie als vermittelnde Instanz an zwischen dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und dem Anspruch der völkerrechtlich nicht anerkannten DDR auf gleichberechtigte Vertretung im nichtkommunistischen Ausland. Die ÖAW konnte mit den informellen Zusammenkünften an die verloren gegangene Gemeinschaft der deutschen Akademien im Kartell anknüpfen.<sup>115</sup> Richard Meister waren die Arbeitsbesprechungen „ein wahres Herzensbedürfnis“ gewesen, hatten sie doch die „Einheit der deutschen Wissenschaft durch den Zusammenschluss aller Akademien deutscher Sprache“,<sup>116</sup> Österreich inbegriffen, sichergestellt und Wien eine zwischen Ost und West vermittelnde Stellung beschert. Dem Unterrichtsminister Heinrich Drimmel konnte der Wiener Akademiepräsident berichten, dass es in den Arbeitsbesprechungen bisher gelungen sei, „immer einen gesamtdeutschen Standpunkt der Wissenschaft ohne ideologischen Streit festzuhalten und durchzusetzen. Es wird Sie interessieren, daß Österreich im Kreise der genannten Akademien heute absolut die Führung hat.“<sup>117</sup> Meisters „gesamtdeutscher Standpunkt“ bezog sich nicht nur auf die beiden deutschen Staaten, sondern schloss auch Österreich ein.

Den Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten als letzter Institution eines wissenschaftlichen Austauschs, der Österreich, die Bundesrepublik und die DDR einbezog, setzten schließlich der Mauerbau (1961) und der sich zuspitzende Ost-West-Konflikt ein Ende. In ihrer Zusammenkunft im Mai 1962 in Wien fanden die Akademiepräsidenten keine „Ansätze für ein weiteres offizielles Zusammenwirken“ mehr.<sup>118</sup> Werner Scheler, der Präsident der DDR-Akademie zur Zeit der Wende, berichtet in seiner DDR-Akademiegeschichte von einer Note der Berliner Akademieführung aus dem Jahr 1967, in der die politischen Ursachen für den Abbruch der Zusammenarbeit erläutert werden:

115 Die in Halle/Saale ansässige Deutsche Akademie der Naturforscher war niemals Mitglied des Kartells gewesen. Ihr langjähriger Präsident Kurt Mothes reiste allerdings 1960 und 1961 und wieder ab 1966 zur Teilnahme an der Feierlichen Sitzung der ÖAW nach Wien. Anlässlich dieser Sitzung fand 1960 auch die Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten in Wien statt. Mothes war nicht eingeladen, an der Arbeitsbesprechung teilzunehmen. Inwieweit die Jahresversammlungen der Leopoldina Vernetzungsmöglichkeiten zwischen deutschen und österreichischen Mitgliedern der Leopoldina, die zugleich auch ÖAW-Mitglieder waren, boten, wäre noch zu untersuchen; vgl. GERSTENGARBE, Die Leopoldina, 2018, 508, 529.

116 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Richard Meister an Theodor Frings, 3.12.1963.

117 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Richard Meister an Heinrich Drimmel, 28.6.1961.

118 SCHELER, Von der Deutschen Akademie, 2000, 338.

1963, gelegentlich der Jahreshauptversammlung der Österreichischen Akademie, waren zwar alle Akademien vertreten, doch fanden offizielle Besprechungen nicht mehr statt. Die Festigung der DDR, ihr zunehmender Einfluss und der Kampf gegen den Bonner Alleinvertretungsanspruch führte praktisch zum Abbruch der multilateralen Verhandlungen. Die westdeutschen Akademien entzogen sich dem Bestreben der DAW, das vorhandene Minimum an organisierten Verbindungen zur Durchsetzung gleichberechtigter Beziehungen unter Wahrung der Eigenstaatlichkeit als DDR-Institution auszubauen. Die Österreichische Akademie gab ihre bisherige vermittelnde Rolle ebenso auf, wahrscheinlich, weil sie andernfalls objektiv die Zusammenarbeit aus der alten Kartellvorstellung auf das Niveau einer Internationalisierung unter der Beteiligung von drei Staaten gehoben hätte.<sup>119</sup>

Die Zusammenarbeit wurde zwar nicht offiziell für beendet erklärt, und die interakademischen Unternehmungen wurden weitergeführt,<sup>120</sup> allerdings war der auf der alten Kartellvorstellung beruhende Zusammenschluss der deutschen Akademien (einschließlich der ÖAW) mit der Verschärfung des Ost-West-Konflikts definitiv zerbrochen.<sup>121</sup>

### 17.3 Die ÖAW, der Österreichische Forschungsrat und der FWF (1948–1967)

Aufgrund der „unerträglichen Notlage“, die das „Naziregime“<sup>122</sup> und das „vielfährige Sparregime“<sup>123</sup> des autoritären Ständestaates der österreichischen Wissenschaft eingebracht hatten, schlug im Jahr 1948 ein Arbeitsausschuss des Instituts für Wissenschaft und Kunst (IWK), dem auch von den Nationalsozialisten verfolgte Wissenschaftler/innen angehörten, die Schaffung eines gesetzlich verankerten „Österreichischen Forschungsrats“ zur Verbesserung des kritischen Zustands der Wissenschaften vor.<sup>124</sup> Vorbild sollten ausländische Organisationen wie etwa der Medical Research Council

119 Analyse der Beziehungen zwischen der DAW und den westdeutschen Akademien v. 2.2.1967, zit. n. SCHELER, Von der Deutschen Akademie, 2000, 338.

120 Die ÖAW blieb an mehreren Unternehmungen der deutschen Akademien mitbeteiligt, so z. B. am Thesaurus linguae Latinae und am Mittellateinischen Wörterbuch, die beide in München bearbeitet wurden.

121 KOCKA/NÖTZOLDT/WALTHER, Die Berliner Akademien, 2002, 429; GRAF, Die Österreichische Akademie, 2018, 270.

122 Institut für Wissenschaft und Kunst, Denkschrift, [1948], 6, 8.

123 Ebd. [Resolution], 23.

124 Das IWK war 1946 von Politikern und Wissenschaftlern aus dem sozialdemokratisch-kommunistischen Spektrum gegründet worden und hatte das Ziel, die an der Universität Wien und der Akademie der Wissenschaften bestehende Wissenschafts- und Kunstauffassung durch ein neues Institut zu erweitern; vgl. STADLER, 40 Jahre, 1986, 66.

in Großbritannien sein. Die Akademie erklärte sich bereit, an den Vorverhandlungen und an einer Enquete über die Lage des wissenschaftlichen Lebens in Österreich im Wiener Rathaus am 4. November 1948 teilzunehmen, und lieferte in den 1950er Jahren zahlreiche Impulse, die „die [Forschungsrat-]Debatte [...] eher stimulierten als verhinderten“.<sup>125</sup> Die ÖAW stand vor der Herausforderung, „in dieser schwierigen Frage den richtigen Weg zu finden“.<sup>126</sup> Durch diese Initiative sah sich die ÖAW in ihrer Rolle als Koordinatorin der österreichischen Wissenschaft bedroht, die sie seit Gründung der Verbandskommission 1945 innegehabt hatte.<sup>127</sup>

Schon 1948 herrschten innerhalb der ÖAW voneinander „abweichende Ansichten“ bezüglich ihrer Haltung zur Errichtung eines Forschungsrats.<sup>128</sup> Akademiepräsident Ficker stellte in der Gesamtsitzung am 12. Dezember 1948 zwei Punkte klar, nämlich dass 1) wie in jedem anderen Land, das einen Forschungsrat besaß, auch in Österreich die Akademie nicht den Führungsanspruch im Forschungsrat erheben könne und 2) dass für ihn die Errichtung neuer und eigener Forschungsstätten durch den Forschungsrat kein Problem darstelle.<sup>129</sup> Vizepräsident Meister erklärte in derselben Sitzung hingegen unmissverständlich, dass „ein solcher Forschungsrat [...] jedenfalls nicht vornehmlich die Aufgabe [haben könne], neue Institute in die Wege zu leiten“ und „einzig und allein die Akademie [...] geradezu der prädestinierte Forschungsrat“ sei.<sup>130</sup> Meister zufolge drohte der Akademie durch einen gesetzlich eingesetzten Forschungsrat, der neue außeruniversitäre Institute gründete, der Verlust ihrer institutionellen Monopolstellung sowie ihre zentrale Rolle in der Koordination der außeruniversitären Forschung. Der Akademievizepräsident sah daher in der IWK-Initiative einen weiteren Angriff auf die Akademie, die in jüngster Zeit zwei ähnliche Versuche staatlich-politischer Wissenschaftslenkung, die sie in Bedrängnis gebracht hatten, erfolgreich abgewehrt habe: in der NS-Zeit den Plan einer Reichsakademie und 1945 die Forderung der Umgestaltung der Akademie in eine „Deputiertenkammer der wissenschaftlichen Institutionen“, die Meister durch „die Gründung der Verbandskommission abzufangen“ vermocht hatte.<sup>131</sup>

125 PICHLER/STAMPFER/HOFER, Forschung, 2007, 69.

126 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 10.12.1948 (A 1022).

127 Siehe Kapitel 13, 151.

128 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 10.12.1948 (A 1022).

129 AÖAW, Forschungsrat, K. 1 [Heinrich Ficker], Bericht über die bisherigen Aktionen zur Schaffung eines Forschungsrates für die Österr. Wissenschaft, vorgelegt in der Sitzung am 10.12.1948.

130 AÖAW, Forschungsrat, K. 1, Richard Meister, Erklärung betreffend die Mitwirkung der Akademie bei der Gründung eines österreichischen Forschungsrates, abgegeben in der Gesamtsitzung der Akademie am 10.12.1948.

131 AÖAW, Forschungsrat, K. 1, Richard Meister, Erklärung betreffend die Mitwirkung der Akademie bei der Gründung eines österreichischen Forschungsrates, abgegeben in der Gesamtsitzung der Akademie am 10.12.1948; siehe Kapitel 13, 151.

Das drohende Schreckgespenst staatlicher Wissenschaftslenkung konnte Meister durch sein Festhalten an drei Prinzipien bannen, die die ÖAW schützten: 1) die Institutionalisierung des Forschungsrats als „freie Verständigungsgemeinschaft“ der wissenschaftlichen Einrichtungen und nicht als staatliche Behörde;<sup>132</sup> 2) die Trennung zwischen Forschungs-koordination und Forschungsfinanzierung; 3) die zusätzliche Finanzierung der bestehenden Institute bzw. neuer Institute, die an die Akademie und Hochschulen anzugliedern wären, sowie die Ermächtigung der Akademie, die Forschungs-koordination zu übernehmen.<sup>133</sup> Die IWK-Initiative in der Angelegenheit eines Forschungsratsgesetzes verlief im Sand, und das Vorhaben staatlicher Forschungsförderung wurde 1949 vorerst auf Eis gelegt. Was blieb, war die eklatante Unterfinanzierung der wissenschaftlichen Forschung. Innerhalb von zehn Jahren war der Staatsaufwand für „Hochschulen und wissenschaftliche Anstalten (einschließlich Unterricht)“ von 0,44 Prozent (1938) auf 0,28 Prozent (1949) des Nationaleinkommens gesunken, während sich die staatlichen Ausgaben für Forschung in den USA und Großbritannien in diesem Zeitraum versechsfacht hatten.<sup>134</sup> Angesichts dieser Notlage startete die Akademie ein Selbsthilfeprogramm und regte die Einrichtung eines Vereins zur Unterstützung ihrer wissenschaftlichen Agenden an. Der am 24. Mai 1949 von Proponenten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie gegründete Verein der Freunde der ÖAW (seit 2001: Gesellschaft der Freunde der ÖAW) brachte in den ersten 25 Jahren seines Bestandes Subventionen in der Höhe von rund fünf Millionen öS auf, die u. a. für Druckkosten, zur Förderung von Forschungsprojekten wie etwa der Ausgrabungen in Carnuntum und auf dem Magdalensberg sowie für den Ankauf und die Entwicklung von Apparaturen (C14-Methode) verwendet wurden.<sup>135</sup>

Eine andere Vereinigung, die sich zur Sicherstellung des finanziellen Bedarfs der Forschung in Österreich 1949 bildete, war der Notring der wissenschaftlichen Verbände Österreichs (heute: Verband der Wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs).<sup>136</sup> Im Notring entwickelten Vertreter der ÖAW, der Hochschulen und der Universitäten Anfang der 1950er Jahre die Idee einer Notgemeinschaft (1950) nach westdeutschem Vorbild und den Plan eines österreichischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen

<sup>132</sup> MEISTER, Der Aufgabenkreis, 1961, 19.

<sup>133</sup> Vgl. AÖAW, Forschungsrat, K. 1, Richard Meister/Josef Keil an den Arbeitsausschuß des Institutes für Wissenschaft und Kunst, 29.9.1948; PICHLER/STAMPFER/HOFER, Forschung, 2007, 69.

<sup>134</sup> Vgl. Institut für Wissenschaft und Kunst, Denkschrift, [1948], 6f.

<sup>135</sup> Vgl. AÖAW, Verein der Freunde der ÖAW, K. 1, Zusammenfassender Bericht 1949–1996 v. Dr. Ludmilla Krestan, undat. [verm. 1997].

<sup>136</sup> Der Notring, gegründet auf Initiative der Geographischen Gesellschaft, vertrat unter ihrem ersten Vorsitzenden wM Hugo Hassinger als überparteilicher Dachverband die ihm angeschlossenen Verbände und vergab von der öffentlichen Hand und privaten Geldgebern lukrierte Subventionen für wissenschaftliche Zwecke, vornehmlich für Druckkosten; vgl. KÖNIG, Die Frühgeschichte, 2012, 37–39.

Forschung nach Schweizer Vorbild (1952). Die ÖAW plante 1954 eine österreichische Forschungsstiftung, und Nationalratsabgeordnete legten erneut einen Entwurf für einen Österreichischen Forschungsrat vor.<sup>137</sup> Alle Initiativen galten der Wiederbelebung der Forschungsrat-Idee, die ein zwölf Jahre langes Tauziehen zwischen den Institutionen und den Großparteien ÖVP und SPÖ über die Form der Institutionalisierung, die Gremien der Entscheidungsfindung und die Förderempfänger (Einzelforscher/innen vs. neue Institute) nach sich zog (Tab. 1).<sup>138</sup>

| Entwürfe                                                             | Form der<br>Institutionalisierung     | Fördernehmer                                   | Kuratorium                                                                               |
|----------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1949 Bundesgesetz über<br>den Forschungsrat                          | öffentlich-rechtliche<br>Körperschaft | Universitäten,<br>Akademie                     | Wissenschaftler/innen<br>(Mehrheit),<br>Wirtschaftsvertreter/innen                       |
| 1952<br>ÖAW/Notring-Entwurf:<br>Österreichischer<br>Nationalfonds,   | private Stiftung                      | Universitäten<br>Akademie                      | Wissenschaftler/innen<br>(Mehrheit),<br>BMU, Fördergeber                                 |
| 1954<br>ÖAW-Entwurf:<br>Österreichische<br>Forschungsstiftung        | privater Fonds                        | Einzelforscher/innen                           | Wissenschaftler/innen<br>(Mehrheit),<br>Bundesministerien,<br>Wirtschaftsvertreter/innen |
| 1957<br>SPÖ-ÖVP-Entwurf:<br>Österreichisches<br>Forschungsrat-Gesetz | öffentlich-rechtliche<br>Körperschaft | Universitäten,<br>Akademie,<br>Bundesanstalten | Wissenschaftler/innen,<br>Wirtschaftsvertreter/innen,<br>Parlamentarier/innen            |

Tab. 1: Initiativen zur Wiederbelebung der Pläne für den Österreichischen Forschungsrat

Ab Mitte der 1950er-Jahre wurden in den Bundesbudgets sogar schon zusätzliche Ausgaben für Forschung veranschlagt, die aber verfielen, weil keine Einigung über die Form der Institutionalisierung (staatlich oder privatrechtlich), die Aufgabenstellung (Projektförderung oder Institutsgründungen) und die Rolle von Vertretern der Politik und Wirtschaft in den Entscheidungsgremien erzielt werden konnte. Weiters standen einander zwei interessengeleitete Auffassungen unversöhnlich gegenüber: der Standpunkt der Akademie, der Universitäten und Hochschulen, die ihre weitgehende Monopolstellung in der durch die öffentliche Hand finanzierten Forschung zu bewahren versuchten, und der Standpunkt vieler der SPÖ und der KPÖ zugerechneten Wissenschaftler/innen und Abgeordneten, die Anspruch auf staatliche Förderung für die Gründung und Führung neuer Institute erhoben.<sup>139</sup>

<sup>137</sup> Vgl. PICHLER/STAMPFER/HOFER, Forschung, 2007, 98-105.

<sup>138</sup> Vgl. AÖAW, Forschungsrat, K. 1, Gutachten des Präsidenten R. Meister betreffend „Österreichischer Forschungsrat“ (1949-1960).

<sup>139</sup> Vgl. PICHLER/STAMPFER/HOFER, Forschung, 2007, 68.

Den 1957 von Parlamentsabgeordneten eingebrachten Vorschlag für ein Forschungsrat-Gesetz lehnte die ÖAW in ihrer Gesamtsitzung im März 1958 „zur Gänze“ ab,<sup>140</sup> weil der Aufgabenkreis unzulänglich beschrieben und nicht gewährleistet war, „daß über die Zuwendung von Unterstützungen [...] ausschließlich Vertreter der Wissenschaft zu entscheiden haben“.<sup>141</sup> ÖVP und SPÖ hatten, wie es Meister formulierte, „einen entscheidenden Einfluß von Parlamentariern im Forschungsrat verlangt“, während die ÖAW auf „eine gesicherte Majorität“ der Wissenschaftler/innen bestand und die Teilnahme von Parlamentarier/innen ablehnte, um eine „Politisierung der Wissenschaft“ zu verhindern.<sup>142</sup> In seinem Vortrag „Die Lage der Akademie neben einem Forschungsrat“, gehalten bei der April-Gesamtsitzung 1958, legte ÖAW-Vizepräsident Erwin Kruppa das eigentliche Argument der ÖAW für das Veto offen. Kruppa stellte darin die Kardinalfrage: „Was für eine Existenzberechtigung hat unsere Akademie, wenn neben ihr ein gut funktionierender Forschungsrat steht, der alle Funktionen ausüben darf, die der Akademie zustehen, der darüber hinaus ein größeres Wissenschaftsgebiet bearbeitet und über weit größere materielle Mittel verfügt?“ Er gab erwartungsgemäß jene Antwort, die die ablehnende Haltung der ÖAW gegenüber einem gesetzlich verankerten Forschungsrat seit 1948 kurz und bündig zusammenfasste: „Ich erblicke in diesem Gesetzesentwurf einen Anschlag auf die Existenz unserer Akademie.“ Sie würde dadurch „früher oder später ein historisches Relikt, bestenfalls ein Aushängeschild für das Ausland“.<sup>143</sup>

1960 gründete die ÖAW schließlich selbst im Alleingang mit den Hochschulen an der Akademie der Wissenschaften den Österreichischen Forschungsrat als privaten Verein.<sup>144</sup> Der Verein verwaltete Mittel der öffentlichen Hand und private Spenden, vor allem aus der Industrie, und vergab diese im Rahmen von Einzelprojektförderungen. Antragsbegutachtung und Antragsbewilligung lagen in der Hand unterschiedlicher Gremien. Politiker hatten kein Recht auf Mitsprache. Der Verein förderte nicht die Errichtung neuer außeruniversitärer Institute, die die SPÖ jahrelang gefordert hatte. Der „Österreichische Forschungsrat“ (wie er von Meister und seinen Mitstreitern genannt wurde, wobei man sich den Namen der seit 1949 von SPÖ-Seite vorangetriebenen Idee zu eigen machte) konstituierte sich am 23. Juni 1960 im Senatssitzungssaal der Universität Wien. Zum ersten Präsidenten wurde der Psychologe wM Hubert Rohrer, zu Vizepräsidenten wurden

140 AÖAW, Protokoll der Sitzung der Gesamtakademie v. 14.3.1958 (A 1095).

141 Ebd.

142 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten. Referat von Richard Meister, Forschungsinstitute der Akademien, auf der Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten am 23.11.1959 in München.

143 AÖAW, Protokoll der Sitzung der Gesamtakademie v. 25.4.1958 (A 1096), Beilage: Erwin Kruppa, Die Lage der Akademie neben einem Forschungsrat, Koreferat zum Vortrag des Präsidenten [Richard Meister].

144 Vgl. AÖAW, Protokoll der Sitzung der Gesamtakademie v. 24.6.1960 (A 1115).



der Chemiker wM Otto Kratky und der Wiener Techniker Kurt Peters gewählt.<sup>145</sup>

| Realisiert                                                     | Form der Institutionalisierung | Fördernehmer                                                              | Kuratorium                                                                            |
|----------------------------------------------------------------|--------------------------------|---------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------|
| Österreichischer<br>Forschungsrat<br>(1960 auf ÖAW-Initiative) | privater Verein                | Einzelforscher/innen an<br>Universitäten, Akademie<br>und Bundesanstalten | Wissenschaftler/innen<br>(Mehrheit), Bundesministerien,<br>Wirtschaftsvertreter/innen |

Die Presse kommentierte die Gründung des Österreichischen Forschungsrats ambivalent: die bürgerliche Tageszeitung *Die Presse* titelte „Selbsthilfe der Wissenschaft“, das Organ *Die Industrie* lobte, dass der Rat „Wissenschaft ohne Politik“ und „ohne Proporz“ betreibe; die *Arbeiter-Zeitung* hingegen bezeichnete den Verein despektierlich als „Drimmels Forschungsverein“,<sup>146</sup> und die *Wochenpresse* sah in seiner Gründung einen „Weg in die Sackgasse“. <sup>147</sup> Im Kreuzfeuer der Kritik stand Unterrichtsminister Heinrich Drimmel (Abb. 79), der laut einer Aussendung des ÖVP-Pressediensts von der Gründung des „Vereines Österreichischer Forschungsrat“ nichts gewusst hatte.<sup>148</sup> Die *Wochenpresse* berichtete, dass für den Streit um den Forschungsrat nicht nur die Politik, sondern auch „die Politik der Wissenschaftler“ verantwortlich sei, und ergänzte: „Kenner der Verhältnisse sehen eine der Haupttriebkkräfte hinter dem Unterrichtsminister in der Person des 79jährigen Präsidenten der Akademie der Wissenschaften Wilhelm [recte: Richard]

145 Vgl. PICHLER/STAMPFER/HOFER, Forschung, 2007, 129-131.  
146 AÖAW, Forschungsrat, K. 3, Österreichischer Forschungsrat - Selbsthilfe der Wissenschaft, in: Die Presse, 24.6.1960; Wissenschaft ohne Politik. Österreichs Forschungsrat ist endlich gegründet, in: Die Industrie, 1.7.1960; Die Wissenschaft gegen Drimmels Forschungsverein, in: Arbeiter-Zeitung, 12.5.1960.  
147 AÖAW, Forschungsrat, K. 3, Der Weg in die Sackgasse, in: Die Wochenpresse 23.7.1960.  
148 AÖAW, Forschungsrat, K. 3, Die Wissenschaft gegen Drimmels Forschungsverein, in: Arbeiter-Zeitung, 12.5.1960.

Meister.“ Dass Minister Drimmel auf Journalistenanfragen mit dem lakonischen Hinweis antwortete: „Ich bitte, sich mit Professor Meister in Verbindung zu setzen“, zeigt, auf wen die Initiative zur Gründung des Forschungsrats tatsächlich zurückging. Die Verantwortung dafür wies letztlich aber auch Meister von sich: „Wenn Sie mich zitieren“, so zitierte ihn die *Wochenpresse*, „komme ich Ihnen mit einer Klage ins Haus. Im Übrigen muß ich erst die Akten studieren.“<sup>149</sup>

Noch im selben Jahr, im September 1960, konstituierten SPÖ- und KPÖ-nahe Wissenschaftsvertreter/innen den Verein Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG) zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unter ihrem ersten Vorsitzenden, dem namhaften Zoologen Wilhelm Marinelli. Die Vereinssatzung enthielt im Unterschied zu der des Österreichischen Forschungsrats auch den Aufgabenbereich „Einrichtung von Forschungsanstalten“. Der Forschungsrat bewilligte ab 1961 Bundeshaushaltsmittel für Forschungsprojekte. Dem Verein Österreichischer Forschungsrat stand zunächst eine Summe von sechs Millionen öS zur Vergabe zur Verfügung, die Unterrichtsminister Heinrich Drimmel der Akademie zur treuhändigen Verwahrung übergeben hatte. Die Fördergelder konnten erst freigegeben werden, nachdem sich Forschungsrat und LBG in einem langwierigen Prozess auf eine Verteilungsquote geeinigt hatten.<sup>150</sup> 1967 wurde schließlich die Forschungsförderung in Österreich durch das Forschungsförderungsgesetz auf eine öffentlich-rechtliche Grundlage gestellt; außerdem wurden der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) und der Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF) gegründet.

| Realisiert       | Form der Institutionalisierung | Fördernehmer                                                              | Kuratorium                                                                                |
|------------------|--------------------------------|---------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1967 FWF und FFF | eigene Rechtspersönlichkeit    | Einzelforscher/innen<br>an Universitäten, Akademie<br>und Bundesanstalten | Mitglied des Präsidiums von FFF<br>und FWF, ein Vertreter jeder<br>Hochschule und der ÖAW |

Der FWF übernahm nach seiner konstituierenden Sitzung im März 1968 die Aktiva und Passiva des seit 1960 von der Akademie getragenen Vereins Österreichischer Forschungsrat.<sup>151</sup>

149 AÖAW, Forschungsrat, K. 3, Der Weg in die Sackgasse, in: Die Wochenpresse 23.7.1960; Drimmel war einstmals Student von Richard Meister gewesen; zum Einfluss Richard Meisters auf Drimmels Hochschul- und Bildungspolitik vgl. KÖNIG, Heinrich Drimmel, 2018, 386.

150 Vgl. PICHLER/STAMPFER/HOFER, Forschung, 2007, 134-143.

151 Vgl. AICHNER, Die Selbststeuerung, 2010; KRATKY, 40 Jahre FWF, 2007, 13.

## 17.4 Der Meister-Plan und die Neuerfindung der ÖAW als Forschungsträger (1956–1963)

Die Akademie der Wissenschaften in Wien hatte sich bei ihrer Gründung als eine Gelehrtenengesellschaft verstanden, die Gründung eigener Forschungsinstitute war nicht vorgesehen gewesen. Um die Jahrhundertwende begann die Akademie jedoch damit, solche als Stiftung bzw. Schenkung zu übernehmen (1908/10 das Institut für Radiumforschung, 1914 die Biologische Versuchsanstalt)<sup>152</sup> oder – wenn sich die Institute nicht in ihrem Besitz befanden – sich durch die Mitgliedschaft in Kuratorien (z. B. Sonnblick-Observatorium, Biologische Station in Lunz, Forschungsinstitut Gastein) bzw. durch sogenannte Protektorate (z. B. Biologische Station am Wilhelminenberg) an der Leitung zu beteiligen. Österreich verfügte auch nach 1945 noch nicht über einen Forschungsträger, wie es die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Deutschland war. Als nach 1945 die Notwendigkeit einer nachholenden Institutionalisierung der Grundlagenforschung erkannt und öffentlich debattiert wurde, sah sich die ÖAW als traditionelle, in Kommissionen organisierte Wissenschaftsakademie selbst nicht in der Lage, neue akademieeigene Institute in großem Maßstab anzugliedern. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Akademie nur noch ein Institut, das Institut für Radiumforschung; die Biologische Versuchsanstalt wurde 1946 aufgelöst. Sie verwaltete die Wissenschaft in Österreich und setzte für die wissenschaftliche Leitung verschiedener Forschungsinstitute außerhalb der Akademie Kommissionen ein.<sup>153</sup> Institutsneugründungen außerhalb der Hochschulen und Universitäten nahm sie aber zugleich als unliebsame Konkurrenz wahr. Sein Bild von den Anforderungen der Wissenschaftsproduktion konstruierte Meister vornehmlich im Austausch mit den deutschen Akademiepräsidenten (damals ausschließlich Geisteswissenschaftler). Die Wissensproduktion in dem im Aufbau befindlichen kommunistischen Wissenschaftsbetrieb jenseits des Eisernen Vorhangs ließ er ebenso außer Acht wie westeuropäische und transatlantische Entwicklungen. Zugleich beklagte er in seinem Vortrag vor den deutschen Akademiepräsidenten in München 1959 „die geringere Wertung der Forschung um der Erkenntnis willen gegenüber der Zweckforschung“ und stellte zugleich die unabdingbare Forderung nach „Freihaltung der Forschung von jeglicher Bevormundung durch die Wirtschaft oder

<sup>152</sup> Siehe Kapitel 7, 391.

<sup>153</sup> Die ÖAW setzte ab 1947 für diese Aufgabe folgende Kommissionen ein: die Kommission für die Verwaltung der Biologischen Station Lunz (1947), die Kommission für die Verwaltung des Instituts für Vergleichende Verhaltensforschung (1949), die Kommission für die wissenschaftliche Leitung des Forschungsinstituts Gastein in Badgastein (1952). 1957 wurde eine Kommission für die Ausübung des wissenschaftlichen Protektorates über die Biologische Station Wilhelminenberg, 1964 eine Kommission für die Ausübung des wissenschaftlichen Protektorates über das Institut für Naturschutz und Landschaftspflege gegründet.

Politik“.<sup>154</sup> Den „tiefsten Grund“ für den Ansehensverlust der traditionellen Akademieforschung sah er im veränderten „Wertbewußtsein“ und im neuen „Idol des Lebensstandards [...] als Anliegen des sogenannten Wohlfahrtsstaates“.<sup>155</sup> Meister war im Lauf seiner Akademiepräsidentenschaft bewusst geworden, dass seine Vorstellung von Wissenschaft nicht mehr zeitgemäß war und dass eine Steigerung der Produktivität nur auf dem Weg der Gründung von Forschungsinstituten an den Akademien zu erreichen war. Die Gretchenfrage, die er 1959 daher in München den anderen Akademiepräsidenten stellte, lautete: „Ist die Gewinnung weiterer akademieeignender Institute möglich und ist sie anzustreben?“

#### **17.4.1 Unter Zugzwang! Müssen sich die Akademien modernisieren?**

In der Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten 1958 in Göttingen erklärte Meister selbstkritisch, dass „den gegenwärtigen Akademien in westlichen Staaten u.a. auch in Österreich der Vorwurf gemacht [würde], dass sie nicht mehr nach ihrer Organisation und ihren Publikationen imstande wären der produktiven Wissenschaft in so bedeutendem Masse wie es in abgelaufenen Jahrhunderten war, [zu] dienen“. Seine Diagnose lautete: „Es ist kein Zweifel, dass an diesem Vorwurf etwas berechtigtes ist.“<sup>156</sup> Die Akademien standen unter Zugzwang, was ihre Modernisierung betraf. Im Vorfeld der Arbeitsbesprechung in Heidelberg 1959 bekräftigte Richard Meister angesichts der zunehmenden Errichtung von Forschungsinstituten außerhalb der Akademien und wissenschaftlichen Hochschulen (z. B. durch MPG und Industrie) in einer Anfrage an die Präsidenten seinen Vorschlag, „im größeren Ausmaße den Akademien die Möglichkeit zu bieten, Forschungsinstitute zu führen“.<sup>157</sup> Aufgrund gegensätzlicher Standpunkte wurde dieser Vorschlag

154 Die heutige Differenzierung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung orientiert sich an der Terminologie der OECD, die sich ab Mitte der 1960er Jahre in Österreich durchzusetzen begann. Unter Grundlagenforschung versteht die OECD „Arbeit, die vorwiegend der Erweiterung der wissenschaftlichen Erkenntnis und Kenntnisse dient“, unter angewandter Forschung Arbeit „mit Blickrichtung auf einen spezifischen praktischen Zweck“; vgl. PRAGER, Forschung und Entwicklung, 1965, 34. Die Akademiepräsidenten Meister und Schmid sprachen noch von „Forschung um der Erkenntnis willen“ versus „Zweckforschung“, „produktiver Wissenschaft“ (Meister) bzw. „reiner Wissenschaft“ (Schmid). Eine Analyse der Selbstbeschreibung wissenschaftlichen Handelns, die die Verwendung dieser Begrifflichkeiten in Österreich im internationalen Vergleich untersucht, ist noch ausständig; vgl. AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Referat von Richard Meister, Forschungsinstitute der Akademien, auf der Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten am 23.11.1959 in München.

155 Ebd.

156 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Vortragsmanuskript v. Richard Meister für die Präsidentenbesprechung Göttingen [8.11.]1958 „Lage der Akademien“; Bericht des Präsidenten der Österr. Akademie der Wissenschaften über „Die Lage der produktiven Wissenschaft in den Akademien, Hochschulen und Forschungsinstituten“, vorgelegt in der Gesamtsitzung am 14.11.1958.

157 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Präsidentenbesprechung am 22.5.1959, [Vorschlag] zur Tagesordnung, 2. Verschiedenes „Führung von Instituten durch Akademien“.

vertagt,<sup>158</sup> auf der nächsten Besprechung in München 1959 in einem Grundsatzreferat Richard Meisters aber wieder aufgegriffen. Darin legte Meister vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit der österreichischen Situation ein Programm zur Ausweitung der Tätigkeiten der Akademien vor, „allenfalls auch durch Übernahme neuer Institute für Forschungsunternehmungen mittlerer Größe“.<sup>159</sup> Seine Ausführungen schloss er mit den Worten:

Aber für alle Akademien, die sich hier zusammengeschlossen haben, müßte gelten: Es dürfte keine wissenschaftliche Unternehmung, keine wissenschaftliche Institution, sei es im eigenen Bereiche, sei es in der internationalen Organisation der Wissenschaft, geben, für die die Akademien nicht nur ihren Anspruch auf Mitwirkung anmeldeten, aber auch ihre Mitwirkung tatkräftig einsetzten. Betrachtet man alle diese Möglichkeiten und nützte man sie, dann brauchte uns um die Zukunft unserer Akademien nicht bange zu sein.<sup>160</sup>

Im Hinblick auf die ÖAW erörterte Meister „den Ausbau der dieser Forschungstätigkeit innerhalb der Akademie dienenden Einrichtungen“<sup>161</sup> in zwei veröffentlichten Denkschriften: *Die Zukunft der wissenschaftlichen Produktion und die Stellung der Akademie der Wissenschaften* (1960) und *Der Aufgabenkreis der Wissenschaft und die Reform der Akademie* (1961).<sup>162</sup> Meister verglich darin das Wissenschaftsgefüge in Österreich, West- und Ostdeutschland sowie die jeweilige Stellung der Wissenschaftsakademien im jeweiligen Gefüge. In der DDR waren die selbstständigen Institute in die Deutsche Akademie der Wissenschaften integriert worden,<sup>163</sup> nicht aber in der Bundesrepublik Deutschland und auch nicht in Österreich, wo Institute, die sich außerhalb der Akademie der angewandten Forschung widmeten, eine zunehmende Konkurrenz im Wettstreit um Fördergelder darstellten.<sup>164</sup> So erkannte Meister klar, vor welcher Herausforderung die Akademien der Wissenschaften um 1960 standen: „Wenn sie in ihrer Bedeutung für die Wissenschaftsproduktion künftig nicht zurückbleiben sollen“, müssten die Akademien „dieses Problem mit Entschiedenheit anfassen“, <sup>165</sup> d. h. selbst Institute aufbauen und führen.

158 Vgl. AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Bericht über die Präsidentenbesprechung in Heidelberg am 22.5.1959 und die 50-Jahr-Feier der Akademie am 23.5.1959.

159 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Bericht des Präsidenten Richard Meister über die Besprechung der Akademiepräsidenten in München am 23.11.1959, erstattet in der Gesamtsitzung der Akademie am 11.12.1959.

160 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Referat von Richard Meister, Forschungsinstitute der Akademien, auf der Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten am 23.11.1959 in München.

161 MEISTER, *Die Zukunft*, 1960, 4.

162 MEISTER, *Die Zukunft*, 1960; MEISTER, *Der Aufgabenkreis*, 1961.

163 Vgl. MEISTER, *Die Zukunft*, 1960, 41.

164 Vgl. ebd., 10.

165 Ebd., 36.

#### 17.4.2 Wer führt Institute in Österreich: die Akademie, der Staat oder die Industrie?

1960 beherrschten drei große Gruppen von Institutionen die wissenschaftliche Produktion in Österreich: die Akademie, die Universitäten und Hochschulen sowie zahlreiche außeruniversitäre Forschungsinstitute für industrie- und wirtschaftsbezogene Forschung. Die ÖAW führte zu diesem Zeitpunkt mit dem Institut für Radiumforschung und Kernphysik ein einziges Forschungsinstitut mit neun wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen,<sup>166</sup> während sich „die Zahl der allein der Zweckforschung dienenden Institute in Österreich“ – wie Meister 1960 feststellen musste – „auf 138“ belief.<sup>167</sup> Die Mitglieder der Akademie hatten auch noch nach 1945 hauptsächlich in Kommissionen geforscht. Daneben hatte die Akademie bestehende Forschungsinstitute wie das Institut für Vergleichende Verhaltensforschung von Konrad Lorenz (1949–1951), die Biologische Station Wilhelminenberg von Otto Koenig (ab 1957) und die Ausgrabungen des ÖAI in Ephesos (ab 1954) unter ihre Patronanz genommen. Ein Angebot der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf Zusammenarbeit in einem konkreten Institut hatte die Akademie 1945 aus finanziellen und wohl auch politischen Gründen abgelehnt.<sup>168</sup> Seither hatte sie selbst kein einziges neues Forschungsinstitut gegründet, während sie sich aber zugleich mit einem zunehmenden Wachstum der Industrie- und Wirtschaftsforschung in Österreich konfrontiert sah. Als eine „der bedeutendsten Schöpfungen auf diesem Gebiete“ betrachtete Meister das Institut der am 15. Mai 1956 gegründeten Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie (ÖSGAE). Sie übernahm Planung und Bau des Reaktorzentrums in Seibersdorf nahe Wien. Die Form der Finanzierung durch öffentliche Hand (Beteiligung von 50,48 Prozent) und Industrie (Beteiligung von 49,52 Prozent) bestimmte die nutzanwendungsorientierte Erforschung der Atomenergie als den künftigen Schwerpunkt. Das Reaktorzentrum der ÖSGAE in Seibersdorf wurde 1960 eröffnet, 1964 war ein Mitarbeiterstand von 320 Personen erreicht.<sup>169</sup> Neben der Nuklearforschung der ÖSGAE (heute: AIT Austrian Institute of Technology) stellte die Industrieforschung für die ÖAW einen übermächtigen Konkurrenten bei der Einwerbung von öffentlichen Forschungsgeldern dar. Zur

166 Die Biologische Versuchsanstalt war 1946 nach der Zerstörung ihres Gebäudes bei Kampfhandlungen im April 1945 aufgelöst worden.

167 MEISTER, Die Zukunft, 1960, 10.

168 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 7.12.1945 (A 998), Beilage: Bericht über die Versuchsanstalt Tuttenhof bei Klosterneuburg der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Das Angebot der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die infolge der näher rückenden Front abgebrochene Arbeit in der Forschungsstation Tuttenhof in Verbindung mit der Akademie in Wien wieder aufzunehmen, ein Institut zu errichten und in neuer Form zusammenzuarbeiten, konnte die Akademie nicht annehmen, da keine Aussicht auf eine dafür notwendige staatliche Finanzierung bestand.

169 Vgl. PICHLER/HOFER, Geschichte, 2014, 48–50; PICHLER/STAMPFER/HOFER, Forschung, 2007, 116–118; siehe Kapitel 15, 145.

Industrieforschung zählten Anfang der 1950er Jahre mehr als 300 Forschungsstätten (jeweils rund 150 staatliche und rund 150 an Industriebetriebe angeschlossene),<sup>170</sup> 47 technische Versuchsanstalten (im Jahr 1958),<sup>171</sup> die sich 1951 im Verband Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal vereint hatten, sowie (im Jahr 1961) 19 als Vereine geführte Institute,<sup>172</sup> die sich 1954 in der Vereinigung der kooperativen Forschungsinstitute der gewerblichen Wirtschaft Österreichs (heute: ACR Austrian Cooperative Research) zusammengeschlossen hatten.<sup>173</sup>

Die Entwicklung der Industrieforschung in Österreich, der im internationalen Vergleich relativ bescheidene Mittel der öffentlichen Hand zur Verfügung standen, ließ den Aufholbedarf in der Grundlagenforschung sichtbar werden, den Richard Meister erkannte und den er in den zwei genannten Denkschriften anmeldete: Darin forderte er 1960 für die Wissenschaft in Österreich „nicht mehr ein Notbudget“, sondern ein „wahres Bedarfsbudget“. <sup>174</sup> Für die ÖAW im Speziellen forderte er die Aufstockung des wissenschaftlichen Personals, das zu diesem Zeitpunkt nur rund 30 Personen umfasste,<sup>175</sup> und die Finanzierung neuer Institute: eines Instituts für österreichische Landeskunde (Geschichte und Geografie), eines Forschungsinstituts für Quartärfragen (Geologie, Paläontologie, Anthropologie, Vor- und Frühgeschichte und Bodenforschung) und eines mit modernen Apparaten ausgestatteten naturwissenschaftlichen Forschungsinstituts.<sup>176</sup> Schließlich formulierte Meister die Notwendigkeit der Koordinierung der wissenschaftlichen Produktion zwischen Akademie, Hochschulen und selbstständigen Instituten zur Vermeidung von Doppelgleisigkeit. Für diese Koordinationstätigkeit sah Meister aber keine „normierende Behörde“, sondern eine aus Vertretern der Wissenschaft zusammengesetzte Kommission vor, die „die Gefahr einer zweckfremden Wissenschaftslenkung“ auszuräumen und sicherzustellen vermochte, dass „die einzelnen Institutionen [...] ihre volle Selbstbestimmung und Eigenart“ behielten.<sup>177</sup> Dieser Vorschlag beruhte auf zwei Erfahrungen, die Meisters Vorstellungswelt erkennbar prägten: die Forschungsrat-Debatte und die unterschiedlichen Organisationsformen der Forschung in der DDR und der Bundesrepublik, die in den Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten deutlich geworden waren.

Aus der Forschungsrat-Debatte zog Meister den Schluss, dass Vertreter der Politik mit der Einrichtung eines staatlichen Forschungsfördersystems beabsichtigten, durch die Übernahme der Steuerungsfunktion auf die For-

170 Vgl. PICHLER/STAMPFER/HOFER, Forschung, 2007, 113.

171 Vgl. PICHLER/HOFER, Geschichte, 2014, 39.

172 Vgl. ebd.

173 Vgl. ebd., 36–53; PICHLER/STAMPFER/HOFER, Forschung, 2007, 112–119.

174 MEISTER, Die Zukunft, 1960, 49.

175 Vgl. Angestellte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 110 (1960), 49–51.

176 Vgl. MEISTER, Die Zukunft, 1960, 44–47.

177 Ebd., 49.

sorgungseinrichtungen zuzugreifen. Zur Absicherung der Monopolstellung der Akademie im Bereich der außeruniversitären Grundlagenforschung musste daher ein gesetzlich verankerter und behördlich verfasster Forschungsrat, der neue konkurrierende Institute gründete und der ÖAW zentrale Handlungsfelder (Koordination und Politikberatung) aus der Hand nahm, unbedingt verhindert werden.

Die Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten hatten Meister gezeigt, dass Forschung und ihre Steuerung in der DDR zentrale Akademieaufgaben waren, während diese in der Bundesrepublik auf verschiedene Institutionen verteilt waren: Die Institute der Max-Planck-Gesellschaft führten Grundlagenforschung durch, und die DFG vereinte Forschungsförderung, Forschungskoordination, Behörden- und Politikberatung sowie die Vertretung der Forschung im Ausland. Das Beispiel der Berliner und Leipziger Akademie führte Meister vor Augen, dass im DDR-Modell „durch eine solche einheitliche Organisation der Wissenschaftsproduktion [...] die Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen in die Rolle bloßer Lehranstalten gedrängt würden“. Das Modell der Bundesrepublik Deutschland ließ ihn befürchten, „daß den Akademien und Hochschulen die Wissenschaftsproduktion namentlich dort, wo Großinstitute hierfür notwendig sind“, nämlich „für gewisse Zweige namentlich der Naturwissenschaften und der Technik“, zum Teil aus der Hand genommen werden könnte.<sup>178</sup> Meister zufolge waren beide Wege für Österreich kein Vorbild – der Weg der DDR war nicht realistisch; der Weg der Bundesrepublik, die Akademien in die Steuerung der Wissenschaftslandschaft nicht einzubeziehen, erschien ihm für Österreich nicht ratsam.

Meister beharrte in dieser Debatte für Österreich auf der Trennung von institutionalisierter Forschungsförderung und koordinierendem Forschungsrat. Aus seiner Sicht hatte ein Forschungsfonds notwendige Einzelforschungsprojekte, nicht aber die Gründung neuer Institute sowie deren laufende Tätigkeit zu fördern; dies müsste die Sache der staatlichen Dotierung bleiben. Der Forschungsrat hätte hingegen Forschungslücken zu ermitteln, die durch Schwerpunktprogramme und Initiativanträge von Forscher/innen geschlossen werden sollten. Dieses Konzept entwickelte Meister sichtlich zum Wohl der ÖAW. 1960 wurde unter seiner Federführung an der Akademie der Österreichische Forschungsrat gegründet, der auch für die Forschungsförderung zuständig war. Meisters erklärtes Ziel war der Ausbau der Akademie als Institute führende Forschungsträgerin durch staatliche Finanzierung; er konnte auf die Unterstützung durch die ÖVP-geführten Ministerien für Unterricht und Finanzen hoffen. Sein Plan sah vor, den Forschungsrat als eine permanente Einrichtung zu installieren,

<sup>178</sup> AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Richard Meister, Forschungsinstitute der Akademien. Referat, gehalten auf der Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten am 23. November 1959 in München.

in der Akademie, Universitäten und Hochschulen „den Kern“ bildeten, in der die Wirtschafts- und Industrieforschung aber ebenfalls vertreten war.

Meisters kluger Schachzug war, den Forschungsrat nicht als Behörde, sondern als „freie Verständigungsgemeinschaft“<sup>179</sup> der wissenschaftlichen Einrichtungen auf Vereinsbasis zu gründen. Ein nichtbehördlicher Forschungsrat sicherte der ÖAW zugleich eine Mitbestimmung bei der Definition künftiger Schwerpunktprogramme. Damit war die Gefahr der Konkurrenz durch neu errichtete außeruniversitäre Institute, auf die die ÖAW keinen Einfluss gehabt hätte, gebannt.

#### **17.4.3 Die westdeutschen Akademien greifen Meisters Reformplan auf**

Richard Meisters Plan zur Neuorganisation der Wissenschaft in Österreich bildete den Hintergrund für den letzten Vorstoß, den der mittlerweile knapp 82-jährige ÖAW-Präsident 1962 bei einer Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten in Deutschland machte, um sicherzustellen, dass die Akademien „in ihrer Bedeutung für die Wissenschaftsproduktion“<sup>180</sup> künftig nicht zurückblieben. Am 1. März 1962 fassten die in Mainz versammelten Akademiepräsidenten (ohne die der DDR) bezüglich der „Lage der Akademien gegenüber dem Staat in der DBR [Deutsche Bundesrepublik], dem Wissenschaftsrat, der Forschungsgemeinschaft und den wissenschaftlichen Instituten“ auf Anregung Richard Meisters zwei Beschlüsse. Sie lauteten wie folgt:

1. Die Akademien bestehen auf ihrem Rechte, Institute nach Maßgabe ihrer Geldmittel und der hierfür vorhandenen initiativen Persönlichkeiten zu errichten und zu führen, wie dies tatsächlich in mehreren Akademien (z. B. in München) der Fall ist.“ [...]
2. Die westdeutschen Akademien machten sich den Reformplan der Österreichischen Akademie zu eigen, bei den zuständigen Länderregierungen die Schaffung von Dienstposten für höher qualifizierte wiss. Mitarbeiter zu beantragen.<sup>181</sup>

Inwieweit die westdeutschen Akademien der Wissenschaften dieses Vorhaben umsetzen konnten bzw. wollten, ist offen. Fest steht, dass die Forschungsrat-Debatte im Österreich der 1950er Jahre, der zunehmende Ausbau der außeruniversitären Nuklear- und Industrieforschung sowie die marginale Stellung der westdeutschen Akademien und die dominante Rolle der Deutschen Akademie der Wissenschaften in der DDR der ÖAW die künftigen Herausforderungen, die in Deutschland auf unterschiedliche Art bewältigt worden waren, klar vor Augen führte. Zugleich war das Problem der Koordination der Forschungstätigkeit, das in West- und Ostdeutschland

179 MEISTER, Die Zukunft, 1960, 15; ders., Der Aufgabenkreis, 1961, 19.

180 MEISTER, Die Zukunft, 1960, 36.

181 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Bericht über die Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten in Mainz am 1.3.1962.

unterschiedlich behandelt wurde, in Österreich nicht gelöst. Die ÖAW ergriff in dieser einmaligen historischen Situation die Initiative. Sie übernahm die federführende Rolle bei der Errichtung des Österreichischen Forschungsrats und unterbreitete damit einen zukunftsweisenden Vorschlag zur außerbehördlichen Förderung und Koordinierung von Wissenschaft in Österreich. Auch erkannte sie, dass sie jenen Bedeutungsverlust, den die westdeutschen Akademien nach 1945 erfahren hatten, nur abwenden konnte, wenn sie sich modernisierte und durch die Gründung akademieeigener Institute von einer Gelehrtenengesellschaft zum Forschungsträger wandelte. Die Weichen dafür hatte noch Akademiepräsident Richard Meister gestellt, der erkannt hatte, dass Akademien ohne personalführende Forschungsinstitute keine Zukunft hatten.<sup>182</sup> Ab 1965 gründete die ÖAW unter dem neuen Akademiepräsidenten Erich Schmid mit der Unterstützung des Bundesministeriums für Unterricht (BMU) erstmals selbst große Institute der Grundlagenforschung. Unter Beteiligung des ab 1970 zuständigen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF) kamen weitere Institute hinzu, was nicht zuletzt im Kontext der zunehmenden wirtschaftswissenschaftlichen und politischen Erkenntnis zu sehen ist, dass Investitionen in die Forschung einen wesentlichen Wachstumsfaktor darstellen, so dass Wissenschaft zur Produktivkraft wird.

#### **17.4.4 Wissenschaft als Produktivkraft**

Mitte der 1960er Jahre verfügte Österreich weder über den Forschungsförderungsfonds (FWF) noch über eine Trägerorganisation für wissenschaftliche Grundlagenforschung und zählte, was die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung betraf, zu den Schlusslichtern der Industriestaaten.<sup>183</sup> Ein politischer Investitions- und Reformwille war erst erkennbar, als auch in Österreich die Einsicht gereift war, dass Wissenschaft und Forschung wesentliche Produktivkräfte darstellen. 1967 wurde das Forschungsförderungsgesetz beschlossen, im Jahr darauf wurden der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) und der Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF) gegründet und ein neuer Forschungsrat, bestehend aus den Präsidien der beiden Fonds, ins Leben gerufen. Zur Sicherung des Wohlstands investierte nun die öffentliche Hand gezielt in naturwissenschaftlich-technische Grundlagenforschung. Keynesianisch orientierte Ökonomen stellten die Formel auf: „Forschung von heute = Produktion von morgen = Lebensstandard von übermorgen. Das Wirtschaftswachstum beginnt im Laboratorium. Forschung ist Investition

182 AÖAW, Arbeitsbesprechungen der Präsidenten, Führung von Instituten durch die Akademien, Bericht über die Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten in Mainz am 1. März 1962.

183 Vgl. PRAGER, Forschung und Entwicklung, 1965, 11.

höchster Ordnung.“<sup>184</sup> Die ÖAW griff diese Devise auf, erkannte sie doch die Chance, die ihr der zu erwartende Investitionsschub der öffentlichen Hand bot. Auf der Jahressitzung 1965 richtete Akademiepräsident Erich Schmid den dringenden „Appell an die für die Zukunft Österreichs Verantwortlichen [...], der Forschung in unserem Lande die notwendige, für die Erhaltung des Wohlstandes entscheidende Stellung zu geben: Die Forschung von heute ist das Brot von morgen.“<sup>185</sup>

## 17.5 Die ÖAW wird 1965 Forschungsträger mit eigenen Instituten

Das „Aufholen“ hatte der neue Akademiepräsident Erich Schmid schon in der Jahressitzung 1964 zu einer der „wichtigsten Verpflichtungen“ der ÖAW erklärt: „Die österreichische Naturforschung [sei] in vielen Bereichen hinter dem Weltstandard zurückgeblieben [...], [sie habe] auf einzelnen Gebieten sogar fast den Anschluß verloren.“<sup>186</sup> Dieses „Zurückbleiben unseres Landes“ bezeichnete Schmid als wirtschaftlich und politisch „verhängnisvoll“, „weil die reine Wissenschaft durch Erschließung neuer Gebiete der Industrie größte Förderung bringt“ und „weil das Ansehen und Vertrauen, das man einem Volk entgegenbringt, umso größer ist, je mehr es die Grenzen menschlichen Wissens und Könnens hinausschiebt und damit Arbeitsplatz und Wohlstand auch für die kommende Generation sicherstellt“.<sup>187</sup> Die wichtigsten der modernen naturwissenschaftlichen Probleme seien so komplex, dass sie nicht mehr an Universitätsinstituten gelöst werden könnten. Im Westen würden derartige Forschungsaufgaben von staatlichen und privaten Forschungsanstalten, im Osten von Akademieinstituten übernommen. Österreich habe nichts dergleichen, könne daher mit dem Ausland nicht Schritt halten und auch kein „echter Partner“ sein.<sup>188</sup> Daher forderte Schmid, der das sowjetische Modell der Forschungsakademie während zweier Aufenthalte an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (1955 und 1965) kennengelernt hatte, „die Schaffung von neuen Forschungsstellen für wichtige Forschungsvorhaben“ und die Neugründung „reiner Forschungsinstitute“ an der ÖAW.<sup>189</sup> 1964 unterbreitete er dem Minister für Unterricht in einer Denkschrift den Vorschlag der Errichtung eines „Instituts für Molekularbiologie“ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften“. Sein Argument lautete, dass dieses Forschungsgebiet „im Westen wie

184 Ebd.; vgl. FEICHTINGER, Keynes-Rezeption, 2016, 100.

185 Eröffnungsansprache des Präsidenten, in: Alm. 115 (1965), 117.

186 Eröffnungsansprache des Präsidenten, in: Alm. 114 (1964), 116f.

187 Ebd., 115f.

188 Eröffnungsansprache des Präsidenten, in: Alm. 115 (1965), 116.

189 Ebd., 117.

im Osten mit großer Intensität bearbeitet“ werde und seine „praktische[] Bedeutung für Medizin und Landwirtschaft heute noch gar nicht abzusehen“ sei.<sup>190</sup>

Im Jänner 1966 eröffnete die ÖAW ihre ersten beiden neuen Institute, das Institut für Molekularbiologie (IMB) und das Institut für Hochenergiephysik (HEPHY).<sup>191</sup> Vier der ersten Institutsgründungen waren den Biowissenschaften gewidmet (Molekularbiologie, Hirnforschung, Limnologie und Gewässerschutz sowie Verhaltensforschung) und vier der Physik (Hochenergiephysik, Radiumforschung und Kernphysik - bereits ab 1955 -, <sup>192</sup> Festkörperphysik und Weltraumforschung). 1967 wurde auch die Gründung der ersten beiden geisteswissenschaftlichen Institute, des Instituts für mittelalterliche Realienkunde Österreichs (gegründet am 22. November 1967) und des Instituts für Kartographie (gegründet am 21. Juni 1968), beschlossen. Unter den weiteren neu errichteten geisteswissenschaftlichen Instituten waren außerdem das Institut für Publikumsforschung (gegründet am 9. März 1973) und das Institut für Gegenwartsvolkskunde (gegründet am 9. März 1973).

Die ÖAW veränderte sich ab 1965 radikal. Sie blieb zwar auch eine Wissenschaftsakademie der traditionellen Art, wurde aber zugleich die führende Trägerorganisation der Grundlagenforschung in Österreich. In der Bundesrepublik Deutschland oblag die Grundlagenforschung den in der Max-Planck-Gesellschaft verbundenen Instituten, in der DDR und den Ostblockstaaten den Akademien des neuen staatssozialistischen Typs. Richard Meister hatte gegen Ende seiner Ära als Akademiepräsident (1951-1963) den Reformbedarf und die Notwendigkeit des institutionellen Ausbaus der ÖAW erkannt und ihm den Weg geebnet. Sein Nachfolger Erich Schmid (1963-1969; 1970-1973) erweiterte die ÖAW schließlich zur Forschungsträgerin. Er nutzte die Gunst der Stunde: Ab Mitte der 1960er Jahre investierte die öffentliche Hand erstmals nachhaltig im Rahmen keynesianischer Wachstumspolitik in den Ausbau der Grundlagenforschung in Österreich. Ein wesentlicher Teil dieser Investitionen entfiel auf die ÖAW, die sich durch ihre Institutsneugründungen - im Unterschied zu den westdeutschen Akademien - selbst als wichtiger Faktor und als Kooperationspartnerin in der europäischen Wissenschaftslandschaft etablieren konnte. Zugleich legte sie durch ihren Ausbau das Fundament für die künftige Organisationsstruktur der außeruniversitären Forschung in Österreich. Das Akademiebudget stieg zwischen 1963, dem Jahr des Amtsantritts von Erich Schmid, und 1973, dem letzten Jahr seiner Präsidentschaft, von vier Millionen Schilling (35 Mitarbei-

190 Ebd.

191 Das Institut für Radiumforschung und die Biologische Versuchsanstalt waren durch private Fördergeber gestiftet bzw. der Akademie übertragen worden; siehe Kapitel 7, 391.

192 Das Institut für Radiumforschung wurde 1955 im Zusammenhang mit der Erweiterung seines Forschungsgegenstands in Institut für Radiumforschung und Kernphysik umbenannt; siehe Kapitel 15, 236.

ter) auf 63 Millionen Schilling (550 Mitarbeiter/innen, darunter 250 auf Werkvertragsbasis).<sup>193</sup> 1969 belief sich die Zahl der ÖAW-Institute bereits auf sieben, 1973 auf 17, 1983 auf 18 und 1990 auf 20.<sup>194</sup>

## 17.6 Resümee

Unter Erich Schmid erweiterte die ÖAW ihren Aufgabenkreis erheblich und entwickelte sich von einer Akademie der traditionellen Art zu einer Institute führenden Trägerorganisation für die Grundlagenforschung. Damit änderten sich auch die wissenschaftlichen Schwerpunktsetzungen der Akademie radikal. Hatten zwischen 1945 und 1965 weitgehend geisteswissenschaftliche Projekte, mit dem Schwerpunkt Österreich-Forschung, die Tätigkeit der Akademie bestimmt, so legte die ÖAW ab Mitte der 1960er Jahre den Schwerpunkt zunehmend auf die naturwissenschaftliche Forschung. Diese Neuausrichtung fand vor dem Hintergrund der weltpolitischen Situation (Entspannungspolitik im Kalten Krieg), der neuen Auffassung von der Wissenschaft als einer Produktivkraft und einer damit verbundenen neuen Wissenschaftspolitik und -finanzierung durch die Bundesregierung statt. Durch weitere Institutsgründungen um das Jahr 2000 wurde die Dominanz naturwissenschaftlicher Forschung an der ÖAW noch verstärkt.<sup>195</sup> Auftrieb erhielten auch die Sozialwissenschaften und jene Bereiche der Geisteswissenschaften, die anwendungsorientiert und in der Zeit des Kalten Kriegs insbesondere für Forschungsunternehmungen und -initiativen im Ost-West-Zusammenhang relevant waren.<sup>196</sup> Die blockübergreifende Wissenschaftskooperation in großem Stil hatte sich durch die nach dem Abschluss des Staatsvertrags 1955 wieder aufgenommene Zusammenarbeit und durch den Austausch mit den Akademien beider deutscher Staaten in strategisch-politischer Hinsicht angebahnt. Vor diesem Hintergrund wurde noch unter Präsident Richard Meister der Weg zur Forschungsakademie gebnet und zugleich der Grundstein für ein Forschungsförderungssystem der öffentlichen Hand in Österreich gelegt. Die Akademie der Wissenschaften in Wien hatte sich 1947 durch die Umbenennung in Österreichische Akademie der Wissenschaften zur Nationalakademie erklärt. Um das Jahr 1970 bestimmte sie wie keine andere Institution die Grundlagenforschung des Landes.

<sup>193</sup> Vgl. Eröffnungsansprache des Präsidenten, in: Alm. 123 (1973), 20.

<sup>194</sup> Siehe Kapitel 19, 384f.

<sup>195</sup> Siehe Kapitel 19, 413.

<sup>196</sup> Siehe Kapitel 18, 329.